ACSP, PT19800620-9

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

CHRISTLICH-SOZIALE UNION

Parteitag

Fortsetzung am Samstag, 21. Juni 1980, 10.oo Uhr
in München - Bayernhalle

---


Grußworte 1

Dr. Helmut Kohl
Bundesvorsitzender der CDU 8

Dr. h.c. Franz Josef Strauß
Vorsitzender der CSU
Bayerischer Ministerpräsident 36


---

ACSP, PT19800620-9



Tagungspräsident Stücklen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne den zweiten Tag des Parteitags der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Bereits gestern wurden eine Reihe von Gästen, die uns die Ehre ihres Besuches erwiesen, begrüßt. Ich darf die Begrüßung heute fortsetzen.

Ich begrüße mit ganz besonderer Herzlichkeit und Verbundenheit den Parteivorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Helmut Kohl. (Starker, lang anhaltender Beifall)

Ich begrüße den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU, Herrn Prof. Dr. Kurt Biedenkopf. (Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Generalsekretär der CDU, Herrn Geißler (Beifall). - Ich begrüße den Schatzmeister der CDU, unseren Freund Walter Leisler-Kiep sehr herzlich (Beifall). - Mit allem mir zur Verfügung stehendem Charm begrüße ich die Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, Frau Dr. Helga Wex (Beifall). - Ich begrüße den Vorsitzenden der Fraktion der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, unseren Freund Lummer (Beifall). - Ich begrüße unseren alten Freund, den Ministerpräsidenten a.D. Dr. Filbinger (starker Beifall).

Ich habe nun die Ehre, unsere ausländischen Gäste begrüßen zu dürfen.

Mit besonders großer Freude begrüße ich eine große Delegation unserer italienischen Schwesterpartei, der Democrazia Cristiana (Beifall). Wir freuen uns, daß Sie zu diesem Parteitag mit einer so großen und hochrangigen Delegation gekommen sind, an der Spitze Generalsekretär Dr. Flaminio Piccoli (Beifall).

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Ich begrüße den Präsidenten der Christlich Demokratischen Weltunion, Mariano Rumor (Beifall), Staatssekretär Tambroni (Beifall) und weiter aus der italienischen Delegation Vito Lattanzio (Beifall) und Angelo Bernassola (Beifall).

Ich habe die Ehre, den Vorsitzenden der Nationalpartei Maltas, den Führer des Schattenkabinetts im Maltesischen Parlament, Dr. Fenech Adami, zu begrüßen. (Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden der Demokratischen Sammlungspartei Cyperns, Glafkos Clerides (Beifall).

Ich begrüße einen alten Freund, der schon zum Bestandteil unserer Parteitage gehört, den Landeshauptmann und Vorsitzenden der Südtiroler Volkspartei, Dr. Silvano Magnago. (Starker, lange anhaltender Beifall) An seiner Seite begrüße ich seinen Generalsekretär Dr. Bruno Hosp. (Beifall)

Ich begrüße den Generalsekretär und Vorsitzenden der Trentiner Tiroler Volkspartei für die Europäische Union Dr. Heinrich Pruner (Beifall) und Herrn Walter Rosa, den Auslandssekretär dieser Partei. (Beifall)

Aus Großbritannien begrüßen wir John Biggs und Davison vom Außenpolitischen Büro der Konservativen Partei, Abgeordneten von Westminster und Mitglied des Europäischen Parlaments (Beifall) und Peter Beazley mit seiner Gattin, Mitglied des Europäischen Parlaments (Beifall) sowie Miss Rosemary Spencer (Beifall) und Peter Joynes (Beifall).

Ich begrüße den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburg, Pierre Krämer (Beifall) und den Parlamentarischen Sekretär dieser Partei, Dr. Juncker (Beifall).

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Ich begrüße den Generalsekretär der Christlichen Volkspartei Belgiens, Ludo Willems. (Beifall)

Aus unserem Nachbarland, der Schweiz, begrüße ich den Präsidenten der Christlich-Demokratischen Volkspartei, Nationalrat Dr. Edgar Oehler. (Beifall)

Einen ganz herzlichen Willkommensgruß richte ich an unsere Freunde aus Frankreich. Ich begrüße den Vizepräsidenten des Sozialdemokratischen Zentrums und Vizepräsidenten der Europäischen Union der Christdemokraten Jean-Marie Daillet. (Beifall)

Ich begrüße den ehemaligen Minister und Präsidenten der Bayrisch-französischen Gesellschaft, Herrn Philippe Malaud (Beifall) sowie den Abgeordneten von Metz Jean Kiber(?).

Aus Kanada begrüßen wir herzlich Minister Horst Schmitz(?) und Mister Freebicki(?). (Beifall)

Bereits gestern haben wir eine ganze Reihe von ausländischen Gästen begrüßt. Ich möchte aber nicht versäumen, den Willkommensgruß zu wiederholen dem Generalsekretär der ODCA, und Präsidiumsmitglied der Christlich-Demokratischen Partei COPEI in Venezuela, ehemaliger Außenminister seines Landes, Dr. Aristides Calvani, mit einer vierköpfigen Delegation. (Beifall)

Unsere große Bewunderung gilt dem tapferen, freiheitsliebenden afghanischen Volk. Ich begrüße den Generalsekretär des Exekutivausschusses des Rates zur Befreiung Afghanistans, Dr. Jalil Shams. (Starker, langanhaltender Beifall)

Bereits gestern habe ich in unserem Kreis einen Gast begrüßt, den ich heute noch einmal ganz besonders erwähnen möchte,

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



weil wir uns alle aufrichtig freuen über die vollständige Wiederherstellung seiner Gesundheit nach einem schweren Autounfall, unseren Freund und Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Herrn Dr. Egon Klepsch. (Beifall)

Von den Ministerpräsidenten, die uns gestern die Ehre ihres Wortes gegeben haben, ist heute noch bei uns der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Lothar Späth. (Starker Beifall)

Die Vertreter der Verbände, Organisationen und Institutionen, die uns die Ehre ihres Besuches gaben, wurden bereits gestern am ersten Tag des Parteitags begrüßt. Ich möchte alle, die gestern noch nicht zu der persönlichen Begrüßung anwesend waren, sumarisch besonders herzlich begrüßen. Wir freuen uns, daß Sie mit ihrer Anwesenheit dazu beitragen, daß dieser Parteitag die Ausstrahlung hat, die er haben soll und auch haben wird für den Erfolg unserer Sache am 5. Oktober. Allerherzlichst willkommen, auch die, die ich vielleicht vergessen habe; es wäre die erste Begrüßung, die ohne irgendwelche Unvollständigkeit vor sich gehen würde. Beinahe habe ich den Eindruck, es wäre gelungen. –

Schon bekomme ich nachgeliefert, was ich glaubte, heute tatsächlich nicht nötig zu haben. Etwas Besonderes natürlich: Axel v. Ambesser, der Schauspieler, ist unter uns, obwohl seine Frau heute ihren 70. Geburtstag hat. Herzlich willkommen. (Starker Beifall) Herr Axel v. Ambesser, ich hoffe, daß Ihre Gattin mir nachsieht, daß ich das volle Jahr angegeben habe. Aber sie sieht so strahlend jugendlich aus, daß es schmeichelhaft ist, ihren 70. Geburtstag zu erwähnen. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Zustimmung der Delegiertenversammlung bitte ich, den Tagesordnungspunkt 8 noch

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



einmal zurückstellen zu dürfen. Es gibt uns die Ehre eines Grußwortes Generalsekretär der Democratia Cristiana, Piccoli. (Beifall) Darf ich bitten!

f. S. 5

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Flaminio Piccoli, Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Italien: Liebe Freunde! Ich freue mich, auf diesem Ihrem Kongreß das Wort ergreifen zu dürfen, um Ihnen im Namen der italienischen Democrazia Cristiana unsere Solidarität für Ihre Anstrengungen im Hinblick auf den Wahltermin im Oktober zu bezeugen.

Wir wissen, daß Sie sich mit großem Engagement dafür einsetzen, die ideellen und operativen Ansätze der Partei zu bekräftigen und die Bemühungen Ihres Kandidaten in einem alles andere als bequemen Wettstreit zu unterstützen, in dem Sie es aber verstehen werden, Ihre ganze ideelle Leistungsfähigkeit, Ihre Organisationskraft und Ihren Elan zugunsten der Partei zur Geltung zu bringen. Ihnen, liebe Delegierte, überbringen wir den Gruß aller Christlichen Demokraten. (Beifall)

Franz Josef Strauß, dessen staatsmännische Haltung und Intelligenz in Verwaltung und Politik wir gut kennen, sprechen wir unseren Wunsch für vollen Erfolg aus. (Beifall)

In Italien hatten wir vor kurzem Regional- und Kommunalwahlen, aus denen die Parteien der Regierungsmehrheit insgesamt gestärkt hervorgegangen sind. Die Democrazia Cristiana und die Sozialistische Partei konnten einen klaren Anstieg verzeichnen, die Republikanische Partei konnte ihre Stellung halten, während die Kommunistische Partei bedeutende Verluste einstecken mußte. (Beifall)

Die im März unmittelbar nach unserem Parteitag gebildete Regierung - die wichtige Neuheit dabei ist die Präsenz der Sozialisten und eine seit langen Jahren erstmals wieder echte Mehrheit - konnte sich also festigen und kann nun daran denken, die dringlichsten Probleme - von der Eindämmung der besorgniserregenden Inflationsrate bis zum Kampf gegen den Terrorismus - konkret in Angriff zu nehmen. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Unsere Regierung ist angesichts des turnusmäßigen EG-Vorsitzes auch auf internationaler Ebene stark engagiert. Während hier Ihr Kongreß stattfindet, haben wir in Venedig die zweite wichtige internationale Verabredung in diesem Monat: nach der Sitzung des Europäischen Rates ist nun die Reihe an den Staats- und Regierungschefs der sieben größten westlichen Industrieländer.

Diese Termine weisen uns durch ihre Wichtigkeit darauf hin, daß die Ereignisse in den vergangenen Monaten aufgrund des expansionistischen und aggressiven Drangs der Sowjets in den Erwägungen derjenigen in den Vordergrund geschnellt sind, die die Verantwortung für die Entscheidungen tragen, sowie auch der Öffentlichkeit, die die Zukunft mit Sorge betrachtet.

Wir Christliche Demokraten sind dazu berechtigt, uns aufgrund des Prestiges mit diesen Fragen zu befassen, das wir durch die Ideation und Verwirklichung der Europäischen Gemeinschaft erlangt haben. Die Intuition und der feste Wille von Männern wie Schuman, Ihres Konrad Adenauer und unseres Alcide de Gasperi ließen alle Hindernisse überwinden, als andere politische und kulturelle Kräfte sich noch sozusagen "lauwarm" verhielten, wenn nicht gar gegnerisch eingestellt waren. Die Leitidee, die jene Männer bewegte, war die Idee des Friedens; war die Überzeugung, daß durch die bessere Kenntnis der Völker untereinander, durch Erfahrungsaustausch, durch den Austausch von wissenschaftlichen und technologischen Kenntnissen und die Schaffung einer soliden, gemeinschaftlichen Handelsstruktur das uralte und gefährliche Unverständnis gebannt werden kann. Auf diesem Wege müssen wir weitergehen, und zwar auch in diesen schwierigen Zeiten, um zu einer europäischen Friedensinitiative zu gelangen, deren Ziel die Wiederaufnahme der Entspannung und die Wiederherstellung annehmbarer Bedingungen für das Zusammenleben der Völker ist. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Ich habe es bereits in Berlin auf dem CDU-Parteitag gesagt und betone es hier nochmals: wir werden es nicht zulassen, daß die europäische Initiative von Schwäche und Resignation gezeichnet ist angesichts der beunruhigenden Ereignisse der letzten Monate. Wir sind uns bewußt, daß große Flexibilität bei den Verhandlungen erforderlich ist, aber wir wissen auch, daß wir viel Standvermögen brauchen, denn die größten Gefahren verbergen sich hinter Zaudern und Unsicherheit, nicht hinter klaren und präzisen Willensbekundungen.

Unsere Verpflichtung als Christliche Demokraten ist der Friede, bei Sicherheit der Völker jedoch, unter Achtung der wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheiten jedes einzelnen, bei striktem Engagement im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Hunger, Unterentwicklung, Benachteiligung und für die staatsbürgerlichen Rechte.

Deshalb eben sind wir der Ansicht, daß uns keinerlei Neutralitätsillusion gestattet ist, und daß die Entspannungsbemühungen einzig und allein in enger Solidarität mit den Vereinigten Staaten und den anderen westlichen Verbündeten erfolgen können. (Beifall)

In diesem Sinne wiederholen wir unseren herzlichen, brüderlichen Gruß und versichern Ihnen, daß wir beim Aufbau eines freien und demokratischen Europa mit dem Wunsch an Ihrer Seite stehen, daß Ihr Kampf im Herbst von Sieg gekrönt sein möge. (Starker Beifall)

Tagungspräsident Stücklen: Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Worte und die guten Wünsche, Herr Generalsekretär. Ich sage Ihnen ganz besonders Dank auch deshalb, daß Sie in Italien mit äußerster Kraftanstrengung und Überzeugung ein Bollwerk gegen den Bolschewismus und gegen die rote Flut sind, die auf uns zugekommen ~~sind~~ ist. Wir freuen uns, daß Sie

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



uns heute von einem großartigen Wahlergebnis bei den letzten italienischen Wahlen berichten konnten. Wir freuen uns ganz besonders, daß Sie gemeinsam mit Ihren italienischen Freunden von der Democrazia Cristiana uns heute die hohe Ehre geben, als Generalsekretär dieser großen, geschichtsträchtigen Partei bei uns zu sein. Wir versichern Ihnen, daß Sie davon ausgehen können, daß wir an Ihrer Seite stehen, um gemeinsam das Ziel zu erreichen, die Freiheit in Europa und den Frieden in Europa zu sichern. Herzlichen Dank für Ihr Grußwort! (Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung mit Punkt 8 fort. Es spricht zu uns der Parteivorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, unser Freund Dr. Helmut Kohl. (Beifall)

Dr. Kohl, Bundesvorsitzender der CDU (von starkem Beifall begrüßt): Herr Parteitagspräsident, verehrte Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde!

Das erste, was ich Ihnen zurufen möchte, Ihnen allen, den Delegierten der CSU, den Gästen, unseren gemeinsamen Freunden aus dem Ausland, ist ein herzlicher Gruß der Verbundenheit und der Solidarität der CDU Deutschlands zum Parteitag 1980 der CSU. (Beifall) Ich überbringe diese Grüße für alle Mitglieder und Freunde der CDU Deutschlands, und ich überbringe diese Grüße im besonderen auch in meinem Amt als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich will mit diesem Gruß auch ein Wort des Dankes für die gute Zusammenarbeit mit den Freunden aus der CSU-Landesgruppe unter Führung von Fritz Zimmermann verbinden. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Es sind noch knapp 100 Tage bis zum Wahltag am 5. Oktober. Es geht jetzt darum, daß jeder von uns, in CDU und CSU, in diesen knapp über 100 Tagen seine Pflicht

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



tut, daß wir mit Mut und mit Entschiedenheit, mit unserer ganzen Kraft, die wir zur Verfügung haben, gemeinsam für die Wende der deutschen Politik, für den Wahlsieg der Union am 5. Oktober kämpfen. (Beifall) Ich sage, meine lieben Freunde: kämpfen, genau das meine ich: Dies ist nicht die Stunde, in der es dem einen oder anderen gestattet ist, neugierig beiseite zu stehen und zuzuschauen, wie einige kämpfen. Wir alle müssen kämpfen in diesen entscheidenden Tagen, (Beifall) überall in der Bundesrepublik, in Nord und Süd, in den Dörfern und Städten, an den Arbeitsplätzen, in den Betrieben, überall dort, wo Politik entschieden wird. Und wir wollen kämpfen, gemeinsam mit unserem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, mit seiner Mannschaft, mit unseren besseren Ideen und der Überzeugung unserer besseren Politik. Das muß der Auftakt sein, der hier von München ausgeht. (Beifall)

Meine Freunde! Diese Wahl am 5. Oktober findet statt im ersten Jahr der achtziger Jahre, in den vielbesprochenen achtziger Jahren, die, das kann jeder von uns beinahe spüren, voller Gefährdung, voller Schwierigkeiten sein werden. Wer genau hinschaut und wer sich die Offenheit für geschichtliche Entwicklungen bewahrt hat, meine Freunde, der spürt, dies ist ein Jahrzehnt historischer, geschichtlicher Weichenstellung. Allein aus diesem Grund ergibt sich, daß diese Bundestagswahl eine Wahl von größter Bedeutung ist. Deswegen ist es notwendig, daß wir mit aller Klarheit und mit aller Offenheit in diesen Tagen vor der Entscheidung Position beziehen.

Auch das ist zu spüren: Zu dieser Bundestagswahl wird ein Wahlkampf vorhergehen, der mit zu den härtesten Wahlauseinandersetzungen der Geschichte unserer Republik gehört. Wer gerade aufmerksam die Parteitage von SPD und FDP miterlebt hat, der weiß, daß zehn Jahre nach der Regierungsübernahme von SPD und FDP in Bonn die Bilanz dieser zehn Jahre erbärmlich aussieht und daß sie nichts vorzuweisen haben, daß sie ausweichen in

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



einen persönlichen Diffamierungswahlkampf, der beispiellos ist in der jüngeren Geschichte der Deutschen. (Beifall) Schmidt, Brandt, Genscher, Wehner und wie sie heißen mögen, haben in allen wichtigen Fragen der Außen- und Innenpolitik eine negative Bilanz. Deswegen haben sie jenen Spruch vergessen, mit dem Willy Brandt 1969 zu Beginn seiner Kanzlerschaft seine Regierung begründete, als er damals unserem Volke zurief: Wir müssen mehr Demokratie wagen! Heute heißt das Ziel der SPD nur noch, an der Macht zu bleiben, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. (Beifall)

Wer beobachtet, wie sie mit unserem gemeinsamen Staat umgehen, der kann es spüren, der kann es fühlen, daß dieser Staat, der ihnen treuhänderisch auf vier Jahre in der Regierung übertragen ist, von ihnen längst als ihr Privatbesitz betrachtet wird. Sie sprechen nicht vom SPD-Staat, aber sie leben bereits SPD-Staat mitten in Deutschland. (Beifall) Sie sind dabei, meine Freunde - das geht weit über die Bedeutung einer Wahl und weit über die Bedeutung einer Wahlperiode hinaus -, ein entscheidendes Stück politischer Kultur in unserem Lande zu zerstören. Die Art und Weise, in der jetzt Wahlkampf durch Sozialdemokraten geführt wird, macht jedem deutlich, daß sie eine der wichtigsten demokratischen Errungenschaften und Erkenntnisse zunehmend leugnen, nämlich die einfache Grundwahrheit, daß andere auch recht haben können, die einfache politische Erfahrung, daß eben Mehrheit ein Instrument politischer Machbarkeit bedeutet, aber Mehrheit niemals Anspruch auf historische Wahrheit bezeugen kann. Wir müssen wieder deutlich machen, meine Damen und Herren, daß wir nach 1945 aus den Erfahrungen der Nazi-Barbarei eine Bundesrepublik, unsere Republik, gegründet haben, die etwas weiß vom Wechselspiel Regierung/Opposition, von der Notwendigkeit auch von Ablösung in Staat und Gesellschaft. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Nach den Erfahrungen der letzten Wochen wissen wir, daß ihnen nahezu jedes Mittel recht ist, nur an der Macht zu bleiben. Die blanke Verteufelung des politisch Andersdenkenden ist ein Kernstück der Wahlkampagne, die auf uns zukommt. Ich spreche es direkt aus, wie ich es empfinde: Es ist eine Art von Pogromstimmung, die jetzt in Deutschland veranstaltet wird. (Beifall) So wird von vornherein, meine Freunde, jedem, der anders denkt, jede moralische Qualität abgesprochen. Die Art und Weise, wie diese Diffamierungshetze gegen Franz Josef Strauß betrieben wird, erinnert mich in gespenstischer Weise an die dunkelsten Kapitel der Deutschen Geschichte. (Starker Beifall) Ich darf dies sagen als einer, der im politischen Alltag steht, mitten im politischen Alltag. Wir alle gehen im Wahlkampf miteinander nicht sonderlich zimperlich um, und das ist ein Stück Wahlkampf. Aber Wahlkampf heißt ja, Wahlentscheidung durch Argumente vorbereiten und kämpferisch für die eigene Idee eintreten. Wahlkampf heißt aus unserem Verständnis nicht, die moralische Grundlage des Denkens Andersdenkender zu zerstören. Wer dies in unserer Republik einführt, der will nicht die sittlich-moralischen Grundlagen unserer Bundesrepublik, der will eine andere Republik. Wir sagen klar und deutlich, wir wollen diese unsere Bundesrepublik und gar keine andere. (Starker Beifall) Sie säen Haß und werden Sturm ernten. Sie tun dies ohne jede Rücksicht auf die geschichtliche Erfahrung, die die Deutschen im Untergang der Weimarer Republik mit einer solchen totalen Diffamierung des Andersdenkenden gemacht haben. Deshalb ist für uns wichtig, daß wir uns von dieser Kampagne nicht beeindrucken lassen. Für uns ist wichtig, daß wir Wahlkampf und Auseinandersetzung so führen, wie es dem Geist und der Tradition der christlichen Demokraten und der Christlich Sozialen in Deutschland entspricht. Für uns ist wichtig, daß wir uns von diesen Desorientierungen nicht beeindrucken lassen, was immer Wehner schreibt, daß wir aus unserer Überzeugung heraus mit unserem Stil, in unserer Spra-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



che an unsere Mitbürger herantreten und sie um ihre Stimme für unsere Ideen, Ideale bitten. Aber für uns ist auch wichtig, daß wir dort, wo es nötig ist, hart und entschieden zurückschlagen, und daß wir das alle tun, meine Damen und Herren, und nicht nur einige Wenige, die dann dazu besonders abgestellt werden. (Starker Beifall)

Wahlkampf heißt für uns Kampf mit den wahren Argumenten. Meine Freunde, wir haben sie. Wir haben die Grundsatzprogramme von CDU und CSU, es gibt in der Landschaft der deutschen Parteien nichts Besseres. Wir haben unser gemeinsames Wahlprogramm mit Augenmaß, mit Sachverstand, mit Sinn für das, was verantwortbar und machbar ist, ein Regierungsprogramm für die nächsten vier Jahre vorgelegt, ein Programm, das nicht jedem alles verspricht, sondern ein Programm, das auch von jenen notwendigen Opfern, die wir um der Zukunft willen gemeinsam zu bringen haben, spricht. Und, meine Freunde, wir haben die besseren Männer und Frauen in unserer Mannschaft. Auch das ist ein Kapital, das wir deutlich herausstellen müssen. (Beifall) Und wir haben den berechtigten Hinweis auf die große geschichtliche Leistung der Union in Deutschland seit der Gründung unserer Bundesrepublik. Wer verkörpert diese geschichtliche Leistung besser als unser Spitzenkandidat Franz Josef Strauß (Beifall), der damals dabei war, als eine der wichtigsten Entscheidungen der modernen Geschichte der Deutschen getroffen wurde, die Grundsatzentscheidung zur Einführung der sozialen Marktwirtschaft mit Ludwig Erhard im bizonalen Wirtschaftsrat, zu einer Zeit, als die Sozialdemokraten in Deutschland sich überhaupt nicht vorstellen konnten, daß eine freie Gesellschaft eine freie Wirtschaftsordnung in sozialer Gebundenheit voraussetzt. Der großartige Erfolg in diesen drei Jahrzehnten, in diesen 30 Jahren, ist damals mit dieser Entscheidung durch die CDU/CSU im Wirtschaftsrat grundgelegt worden. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Wiedergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Es war Franz Josef Strauß, der als Weggenosse und Wegbegleiter Konrad Adenauers die entscheidende Voraussetzung für den Aufbau unserer Bundeswehr schuf. Wenn jetzt, lassen Sie uns das doch einmal offen aussprechen, Herr Schmidt gegenüber den Amerikanern deutlich machen kann, mit der Leistung der Bundeswehr, muß man doch einfach sagen, er könnte dies heute gar nicht, wenn damals die Mehrheit des Deutschen Bundestags seiner und seiner Partei, der SPD-Empfehlung gefolgt wäre. Es gäbe gar nicht diese Bundeswehr ohne die Aufbauleistung der CDU/CSU und ohne die persönliche Aufbauleistung von Franz Josef Strauß. (Starker Beifall)

Franz Josef Strauß war in einer kritischen Zeit Finanzminister der Republik, als es darum ging, zum Ausgang der sechziger Jahre die Kasse in Ordnung zu bringen, gemeinsam mit Kurt Georg Kiesinger. Meine Damen und Herren! Daß 1969 Kurt Georg Kiesinger einen geordneten Staat, ein geordnetes Gemeinwesen an den neugewählten Kanzler Willy Brandt übergeben konnte, verdankt er nicht zuletzt Franz Josef Strauß, der die Kasse in Ordnung gebracht hatte. (Beifall)

Deswegen rufe ich Ihnen einfach zu: Reden wir nicht in diesem Wahlkampf überwiegend über Angriffe der andern, reden wir über unsere eigene Überzeugung, über unsere Leistungen, die deutlich machen, woher wir kommen, was wir für unser Land gemacht haben. (Beifall) Dazu gehört ein Weiteres, meine Freunde, ich sage es gerade hier auf einem Parteitag, dazu gehört eine verständliche Sprache. Wir können unsere Mitbürger mit unseren Programmen, mit unseren Ideen nur dann erreichen, wenn wir sie in einer Sprache ansprechen, die die Bürger auch verstehen, indem sie sich wiederfinden, indem sie ihre Sorgen als unsere Sorgen und ihre Nöte als unsere Nöte erkennen, indem die Jungen finden, daß sie in dieser Partei und in dieser Union ihre Zukunft wiederfinden. Deswegen ist es wichtig, daß diese menschliche Deutlichkeit, die

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Erfahrung der Deutschen, die unerträglich ist. (Beifall) Ich muß es sagen, wie ich es im Bundestag gesagt habe: Als mein Bruder am Ende des Krieges gefallen ist, war das eine bittere persönliche Erfahrung meiner Familie. Meine Eltern und wir Geschwister mußten damit fertig werden wie Millionen anderer Familien. Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß 35 Jahre danach mit den Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges Wahlpropaganda 1980 gemacht wird! (Starker anhaltender Beifall) Was sich hier andeutet und anbahnt, ist eine Verwahrlosung der politischen Moral unseres Landes, die unerträglich ist. Das ist längst keine Frage einer Partei mehr, das ist eine Frage an die Deutschen, die guten Willens sind. Das muß deutlich werden in dieser Auseinandersetzung. (Beifall) Was ist das für eine persönliche Hybris, wenn einer für sich allein in Anspruch nimmt, mit seiner Amtszeit als Kanzler sei eine Politik des Friedens allein verbunden. Hat Konrad Adenauer, hat Ludwig Erhard, hat Kurt Georg Kiesinger, hat Theodor Heuss, hat Kurt Schumacher nicht längst vor Helmut Schmidt für den Frieden gewirkt? Wir dürfen nicht zulassen, daß der wichtige Zuwachs an geschichtlicher Erfahrung im Gründerjahrzehnt unserer Republik jetzt aus blanker Angst vor Machtverlust verwirtschaftet wird. Wir müssen auch zu diesem Teil unserer Geschichte gemeinsam stehen. Deswegen lassen Sie uns kämpferisch allen Versuchen widerstehen, die draußen im Lande eine solche Wahlentscheidung über diesen Weg herbeiführen wollen.

Wir alle wollen den Frieden. Aber, meine Freunde, und das ist ja das Schlimme in der Entwicklung der letzten Jahre, wir sprechen schon nicht mehr unter Demokraten die gleiche Sprache. Noch vor zehn Jahren hätte jeder führende Mann der deutschen Politik gesagt, Friede und Freiheit, heute sagen nur noch wir Friede und Freiheit; die anderen reden von einem Frieden, der nicht definiert ist als der Frieden in Freiheit. Deswegen muß es deutlich werden, Frieden und Freiheit, Frieden in Frei-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Menschlichkeit unserer Union gerade in diesem Wahlkampf von allen von uns gelebt wird. Das ist ein Stück des Erfolgs für den 5. Oktober. (Beifall)

Meine Freunde! Das große Thema unserer Zeit, das große Thema auch dieser Wahlentscheidung ist Friede und Freiheit. Wir alle wollen Frieden, wir wollen unseren Frieden, und wir alle haben die gleiche geschichtliche Erfahrung, die Älteren in zwei schrecklichen Weltkriegen, meine, die mittlere Generation, in der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, und viele der Jungen aus der Erkenntnis, daß doch ihre eigenen Eltern oder Großeltern im Zweiten Weltkrieg Hab und Gut, Haus und Hof und die Heimat verloren haben. Wir wissen mehr als andere Völker dieser Erde, nicht weil wir klüger sind, sondern weil unsere geschichtliche Erfahrung und Lehre und Lektion härter war, was Friede bedeutet. Wir alle wollen den Frieden. Aber, meine Freunde, wer wirklich den Frieden will, der darf nicht zulassen, daß der Frieden in unserem eigenen Lande zu einem Parteienthema gemacht wird. Es gibt nicht eine Friedenssehnsucht der Christlichen Demokraten und der Sozialdemokraten, wir alle, die Deutschen, wollen den Frieden. Wer also Frieden zu einem Wahlkampfthema macht, der trägt zutiefst den Unfrieden in unser Volk hinein. (Starker Beifall)

Wir möchten daher unseren Wählern zurufen: Wer ja sagt zum Frieden, der muß Frieden auch in unserem eigenen Lande leben und leben wollen. Wir haben gerade die Erfahrung des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen hinter uns. Meine lieben Freunde! Dieser Wahlkampf war nur der Staatsauftakt der Sozialdemokraten für die Dinge, die uns jetzt bei der Bundestagswahl erwarten. Wenn wir dort erlebt haben, daß in großen Anzeigen Witwen von gefallenen Soldaten des Zweiten Weltkrieges mißbraucht werden, um sozialdemokratische Wähler zu gewinnen, dann ist das eine Herabwürdigung der geschichtlichen

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe, nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



heit gehört unlösbar zusammen, sonst ist es kein wahrer Frieden. (Starker Beifall)

Wer ja sagt zur Friedenspolitik, und wir tun das, der sagt ja zur Abrüstung und Entspannung. Aber man muß dann fragen, welche Abrüstungspolitik und welche Entspannungspolitik. Für uns ist Abrüstungs- und Entspannungspolitik nur dann wirkliche Politik, für uns überlegbare, vertretbare Politik, wenn diese Entspannungspolitik weltweit ist, global ist, wenn nicht jener dumme Satz eines führenden deutschen Sozialdemokraten vom Januar dieses Jahres gilt, wenn er sagt, Afghanistan ist weit, was geht uns Deutsche Afghanistan an. Nein, meine Damen und Herren, wenn irgendwo in dieser enger gewordenen Welt im nuklearen Zeitalter Friede gebrochen wird, sind wir im geteilten deutschen Vaterland unmittelbar berührt und angesprochen. Deswegen muß Entspannungspolitik kontrollierbar und weltweit sein, das ist die Voraussetzung für wirkliche Entspannung. (Starker Beifall)

Zehn Jahre lang haben wir gehört, die Sowjetunion habe sich geändert, zehn Jahre lang haben wir gehört, die Summe der Verträge mit dem Höhepunkt der KSZE-Schlußakte in Helsinki habe kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich gemacht. Und dennoch: Nachdem dieses Dezennium vorbei war, hat die Sowjetunion in der Weihnachtswoche das kleine wehrlose Afghanistan überfallen, mit Krieg überzogen. Nachdem im Januar immerhin zwei Drittel dieser Erde und die Vereinten Nationen die Sowjetunion in einer Erklärung aufforderten, sich unverzüglich aus Afghanistan zurückzuziehen, gab es auch bei uns manche Stimmen der Hoffnung, die glaubten, das würden die Sowjets tun. Die Sowjets haben bisher diese Erklärung überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Meine Damen und Herren! Es ist genau das eingetreten, was ich im Januar in einer Debatte im Bundestag, leider zu recht, vorhersagte, daß binnen sechs Monaten das Thema Afghanistan aus unserem Bewußtsein zunehmend verdrängt wird, daß viele in unserem Lande zu anderen Punkten der Ta-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



gesordnung übergehen, und daß dann die Sowjetunion ihre Militärmaschinerie erst richtig einsetzt, um dort ganze Stämme und ganze Dörfer, ganze Talbewohnerschaften vom Erdboden auszuwischen. Meine Damen und Herren! Wir können nicht dazu schweigen, das hat nichts mit "kaltem Krieg" zu tun. Wenn wir, die Deutschen im freien Teil unseres Vaterlandes, nicht mehr zu den Menschenrechten stehen, wer soll denn dann auf der Erde noch seine Stimme erheben! (Starker anhaltender Beifall)

Wir wollen Abrüstung, ja, aber es muß wirkliche Abrüstung sein und beide Seiten müssen die Waffen kontrollierbar niederlegen und nicht so wie in den letzten zehn Jahren, daß der Westen und allen voran die Amerikaner immer schwächer geworden sind und die Sowjets immer stärker. Wir haben keine Freude daran, lassen Sie mich auch das laut und deutlich sagen, daß in Ost und West Milliardenbeträge in Rüstungsgüter gesteckt werden müssen aus der gegebenen Weltlage, aus der aggressiven Haltung der Sowjets heraus, wo wir doch alle keine Freude daran haben, wo wir nur beten können, daß diese Rüstungsgüter nie in Anspruch genommen werden. Wir wünschten, wir könnten auch in unserem Land das Geld, das hier investiert werden muß, für andere Dinge verwenden, etwa für Hilfe für große Not in unserem Lande, etwa für Hilfe für Völker der Dritten Welt. Es kann uns, den Christlich Sozialen und Christlichen Demokraten in Deutschland nach unserer moralischen, unserer sittlichen Vorstellung von Politik vom Auftrag des Menschen in dieser Welt als Christen nicht einerlei sein, wenn in der Neujahrsbotschaft des Weltflüchtlingskommissars der Vereinten Nationen darauf hingewiesen wird, daß über 12 Millionen Kinder in Lateinamerika, Asien und Afrika im Jahre 1979 verhungert sind, die einfachsten Daseinsvoraussetzungen nicht hatten. Wir wollen gern helfen, weil wir wissen, was Hilfe bedeutet, weil wir selbst nach dem Krieg, als wir am Boden lagen, Hilfe von außen und nicht zu-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



letzt von den Amerikanern bekommen haben. Deswegen, meine Freunde, ist dies so wichtig, daß Abrüstung vorangeht, aber es muß wirkliche Abrüstung sein und ein Werk des Friedens und nicht ein Werk der Täuschung. Das ist die Voraussetzung für wirkliche Friedenspolitik. (Starker Beifall)

Deswegen lassen Sie mich uns deutlich machen, daß wir auch die Partei der Menschenrechte sind, und zwar nach beiden Seiten, daß wir weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sind, daß wir gegen Verstöße gegen die Menschenrechte durch faschistische Diktaturen in Lateinamerika genauso protestieren,wie wenn Menschenrechte durch kommunistische Diktaturen zerstört werden. Meine Damen und Herren! Wir haben mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, daß in diesen Tagen die Bundesregierung in Bonn veröffentlicht hat, daß sie aus Anlaß des Besuchs des argentinischen Wirtschaftsministers auf die Erfüllung der Menschenrechte in Argentinien hingewiesen hat. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn nicht nur diese Botschaft zu uns gedrungen wäre, sondern wenn wir auch einmal etwas gehört hätten, daß kommunistische Abgesandte, die nach Bonn kommen aus kommunistischen Staaten, auf die Erfüllung der Menschenrechte in diesem Teil der Welt hingewiesen worden wären. (Starker Beifall) In der vorigen Woche ist Bundesminister Hauff aus der "DDR" zurückgekehrt. Wer seinen Bericht gehört und gelesen hat, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, der Mann sei einer Euphorie verfallen. Ich weiß nicht, ob er wirklich mit Bürgern der "DDR" gesprochen hat. Aber ich hätte gern beispielsweise von ihm erfahren, was er mit den Machthabern der "DDR" zu dem Thema Besuchserlaubnis für jüngere Bürger der "DDR" besprochen hat. Wir freuen uns, daß 60-, 65jährige aus Leipzig und aus Dresden hierher nach Deutschland zu Besuch kommen, aber wir halten es für noch wichtiger, wenn endlich auch der Kontakt zu unseren jüngeren Landsleuten im andern Teil Deutschlands möglich wird. (Beifall) Darüber haben wir nichts gehört.

Archiv für Christlich Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP



Friede in Freiheit, das ist das große Thema unserer Generation. Wir, die wir nun in Jahrzehnten in unserer Union arbeiten, hätten sicher in den fünfziger Jahren nicht geglaubt, daß jene große Grundsatzentscheidung der deutschen Politik, die unter Adenauer getroffen wurde, noch einmal in den achtziger Jahren auf uns zukommen könnte, jene bittere Entscheidung nach langen Schlachten, daß wir die Freiheit des größeren Teils unseres Vaterlandes, unserer Bundesrepublik leider vor die Einheit des Ganzen stellen müssen, jene irreversible Entscheidung unter Adenauer, die wir getroffen haben aus der Erkenntnis, daß es niemandem nutzt, wenn der größere Teil unseres Vaterlandes die Freiheit verliert und wir uns dann in Unfreiheit in Einheit wiederfinden. Jene Entscheidung steht heute wieder erneut auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren! Wer von Freiheit redet, der muß auch von den notwendigen Opfern reden, die Freiheit kostet, der muß es auch tun im Gespräch mit unseren jungen Mitbürgern, die dieses Opfer persönlich zunächst und vor allem zu treffen haben. Wer ja sagt zur Freiheit, muß ja sagen zum Bündnis in der NATO, zur Partnerschaft mit den europäischen Freunden und vor allem zur Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. (Beifall) Meine Damen und Herren! Es ist mit Händen zu greifen, daß wichtige Teile der deutschen Sozialdemokraten - ich nenne sie aus gutem Grund die Moskau-Fraktion - ausgezogen sind, um dieses Bündnis zunächst zu entleeren und auszuhöhlen, um es am Ende zu zerstören. Es gibt nicht diese Alternative der deutschen Politik. Entweder wir sagen ja zum Bündnis, das 30 Jahre Frieden und Freiheit für uns garantiert hat, oder wir sind bereit, und das ist die wahre Alternative, uns der sowjetischen, der kommunistischen Hegemonie zu unterwerfen; einen dritten Weg gibt es nicht für die Deutschen. (Beifall) Wer das Bündnis mit der freien Welt löst, wer es lockert, wer es am Ende verletzt, der muß ehrlich sagen, daß das Ergebnis einer solchen Politik sowjetische Hegemonie für alle Deutschen ist. Deswegen lassen Sie uns klar

ACSP, PT19800620-9



und deutlich in diesem Wahlkampf wieder allen unseren Bürgern sagen: Wir stehen zum Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Ich sage es härter: Dieser Parteitag der CSU 1980 in München und die Existenz von CDU und CSU wären nicht mehr denkbar, wenn in diesen 30 Jahren der Schutz und Schirm der Amerikaner nicht bei uns in der Bundesrepublik Deutschland gewesen wären. (Beifall) Deswegen ist es eine Katastrophe, wenn dieser dumme Antiamerikanismus innerhalb der SPD weiter um sich greift, wenn bei allen wichtigen Fragen immer mehr neutralistische Tendenzen deutlich werden. Ich will zwei Beispiele aus wenigen Wochen bringen:

Als die Bundesregierung endlich, vor allem aufgrund der klaren entschiedenen Haltung der Opposition von CDU/CSU, sich zu einer befriedigenden Erklärung in Sachen Wegbleiben von der Olympiade in Moskau bequemte, hatte Kanzler Schmidt im Bundestag keine Mehrheit, weil 17 Abgeordnete der SPD nicht bereit waren, ihn in dieser Entscheidung zu unterstützen. Meine Damen und Herren! Es war ein dringender Wunsch unserer amerikanischen Freunde, unserer Freunde in Europa, daß die Bundesrepublik, die aus vielen Gründen dazu besonders geeignet und berufen ist, etwas tun möchte für die dringend unsere Hilfe erwartenden türkischen Freunde. Als am vergangenen Donnerstag der Deutsche Bundestag über die Türkeihilfe abstimmte, waren es 40 Sozialdemokraten, die gegen diese Hilfe gestimmt haben. Ohne unsere Hilfe und unsere Unterstützung hätte Herr Schmidt gar keine Politik machen können, die ihn befähigt, zur nächsten Gipfelkonferenz zu gehen. Das ist die wahre Situation in dieser Koalition. (Starker Beifall)

Das alles ist die Folge jener seit Jahren zu beobachtenden Erosion des Bündniswillens in der SPD, die Folge der Tätigkeit jener Moskau-Fraktion, die angeführt von Brandt, Wehner und Bahr unterwegs ist, die Grundposition unserer Politik zu verändern. Wir müssen unseren Wählern sagen, daß Schmidt nicht in der Lage ist, daß er zu schwach ist und wohl auch zu feige

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



ist, diese Entwicklung auf die Dauer hemmen zu können.
(Starker Beifall)

Ein Ja zur NATO ist ein Ja zur Freiheit. Das Ja zur NATO und zum Bündnis ist ein Ja zum deutschen Beitrag zur Verteidigung. Darum, meine Freunde, ein klares Ja zur Bundeswehr. Mir scheint, es ist jetzt wiederum die Zeit gekommen, wo wir die Frage des Standorts der Bundeswehr mitten in unserem Volke offensiv diskutieren müssen. Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate haben deutlich gemacht, daß hier Entwicklungen im Großklima unseres Landes vonstatten gingen, die enorme Auswirkungen haben. Das Wort "Erosion" ist viel zu schwach für diese Entwicklung. Deswegen lassen Sie mich ein Wort sprechen zur jetzt gerade laufenden Diskussion im Bundestag über die sog. Wehrpflichtnovelle, über das, um was es geht, und über das, um was es nicht geht. Es geht darum, daß wir die Wehrpflicht neu ordnen, vor allem im Blick auf das Recht der Wehrdienst- und Kriegsdienstverweigerung. Meine Damen und Herren! Es waren nicht zuletzt Männer und Frauen aus der CDU/CSU, die gemeinsam mit Sozialdemokraten und Freien Demokraten im Parlamentarischen Rat vor 32 Jahren aus den Erfahrungen der Barbarei des Dritten Reiches das Recht zu einer Gewissensentscheidung im Blick auf Wehrpflicht in die Verfassung geschrieben haben. Wir sind eines der wenigen Länder der Welt, die dieses Verfassungsinstitut in dieser Weise kennen. Das ist ein wichtiges Stück Zuwachs an Gewissenskultur aus der Erfahrung des Dritten Reiches. Gerade wir als Christen, die das Wagnis von Politik aus christlicher Verantwortung unternehmen, müssen besonders offen und sensibel sein für Anfragen des Gewissens, und deswegen stehen wir natürlich zu diesem Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Aber wer sich auf sein Gewissen beruft, meine Freunde, der muß in einer besonderen Weise Sinn für Gerechtigkeit haben. Gerechtigkeit gebietet, daß derjenige, der keine Waffe in die Hand nehmen will, der den Wehrdienst

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



mit der Waffe in der Hand verweigert, dann doch wenigstens einen Ersatzdienst leisten muß mit einem mindestens gleichen Gewicht an Belastung, als wenn er als Soldat zur Bundeswehr geht. (Starker Beifall)

Darum geht es bei dieser Diskussion und bei dieser Entscheidung, um nicht mehr und nicht weniger. Es geht darum, daß wir dieses Gespräch mit unseren jungen Freunden, unseren jungen Mitbürgern offensiv führen. Natürlich, das war nie populär, wenn da einer sein Abitur gemacht hat und hat jetzt einen Studienplatz und kann studieren, dann will er natürlich nicht zum Bund gehen; der andere hat seine Ausbildung beendet und verdient gut, jetzt will er auch nicht zum Bund gehen. Aber wir können diese Entscheidung unseren jungen Mitbürgern nicht vorenthalten. Sie müssen dieses Opfer für uns bringen und wir müssen natürlich mit ihnen darüber reden und diskutieren. Wir dürfen nicht zulassen, daß dieser Teil der jungen Generation von den falschen Propheten nach links abgeführt wird. Das ist die Erfahrung der letzten Monate. (Starker Beifall) Wir müssen auch den Mut haben, Anfragen zu stellen, ob das denn immer Gewissensentscheidungen sind. Meine Damen und Herren! Wenn ich erlebt habe bei Schüler-Diskussionen in Oberstufenklassen, daß in manchen Schulklassen bis zu 70 Prozent vor dem Abitur die Wehrpflicht verweigern, dann war das oft Opportunismus und Drückebergerei und keine Gewissensentscheidung. Und wenn wir in diesem Jahr erleben, daß im I. Quartal 1980, nehmen Sie diese Zahl bitterernst, die Zahl der Wehrpflichtverweigerer um 40 Prozent dramatisch zugenommen hat, dann hängt das natürlich mit dem ganzen geistigen Klima in Sachen Bundeswehr in der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Und da, meine Freunde, ist das Stichwort Vorgänge in Bremen natürlich auf dem Tisch. Es ist ein Skandal, der mehr zeigt als vieles andere, wohin wir gekommen sind in zehn Jahren Herrschaft der SPD in Deutschland, wenn mitten in Deutschland, in einer traditionsreichen Stadt

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



wie Bremen, das feierliche Gelöbnis unserer jungen Soldaten auf die Verfassung nur noch unter Polizeischutz und bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen vonstatten gehen kann. Sehen Sie, meine Damen und Herren, dies müssen wir unseren Mitbürgern sagen. Was sich hier deutlich macht, ist ein Verfall republikanischer Gesinnung. Glauben Sie denn im Ernst, es wäre in Paris denkbar, daß dort französische Rekruten vereidigt werden und gleichzeitig Kommunisten gegen diese Vereidigung Sturm laufen? Das wäre in Frankreich undenkbar, es wäre in jedem anderen Land undenkbar gewesen. Dies ist made in Germany nach der Politik der Sozialdemokraten! (Starker anhaltender Beifall)

Aber, meine Freunde, ich gestehe Ihnen offen, für mich ist das nicht einmal der eigentliche Skandal. Viele, eine riesige Mehrheit unseres Volkes, mißbilligen diese Vorgänge in Bremen. Was ich als eigentlichen Skandal empfinde, ist die Diskussion, die jetzt danach läuft, die Diskussion auch bei denen, die selbst persönlich die Vorgänge in Bremen schroff ablehnen und verurteilen, aber die dann jetzt die Frage aufwerfen, häufig beinahe akademisch, wie sie es mißverstehen: theologisch unterbaut, nämlich, muß denn das sein, daß die Bundeswehr in aller Öffentlichkeit ihren Rekruten das Gelöbnis abnimmt. Der Gedankengang, der hier in der Debatte auftaucht, ist das eigentliche Signal, das uns nachdenklich machen muß, daß, meine Damen und Herren, bei uns schon viele da sind, auch Gutwillige mitten in unserem Lande, die schon gar nichts mehr dabei finden bei dem Gedanken, daß sie die Bundeswehr ins Ghetto sperren, daß sie die Empfehlung geben, das Gelöbnis der jungen Soldaten soll hinter den geschlossenen Mauern der Kasernen abgenommen werden. Meine Damen und Herren, wer sind denn das, die Soldaten der Bundeswehr? Das sind doch die Kinder, das sind doch die Söhne unserer Familien, und sie tun doch diesen Dienst für unsere Freiheit, für unser Land, für unser Vaterland, (starker Beifall) und sie geloben doch in diesem Gelöbnis, daß sie den Frieden und

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weiterverbreitung, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP gestattet.

ACSP, PT19800620-9



die Freiheit unseres Landes verteidigen wollen. Wie kann ich denn von jungen Männern erwarten, daß sie dieses Gelöbnis ernst nehmen, wenn man ihnen zumutet, daß es gar nicht mehr in aller Öffentlichkeit abgegeben werden kann. An diesem Punkt fängt die Republik an zu verrotten, wenn wir zulassen, daß aus diesem Geiste in Deutschland Politik gemacht wird. (Starker Beifall)

Für uns ist diese Position wichtig auch und gerade in unserem Verhältnis zu Europa. Vor wenigen Tagen war es ein Jahr, da haben wir das erste Europäische Parlament gewählt, eine ungeheure Sache im Blick auf die europäische Geschichte, die nur Streit und Hader und Kriege gekannt hat. Ich will hinzufügen: Ich finde, daß dieses Europäische Parlament, nicht zuletzt durch den Einsatz unserer Freunde in der Europäischen Volkspartei, die das Kernstück dieses Parlamentes sind, in diesem Jahr großartige Arbeit geleistet hat, die unseren Dank verdient. Ich will es bewußt sagen für unsere Kollegen, die im Europäischen Parlament tätig sind, sie haben unseren besonderen Dank und Respekt verdient. (Beifall) Wenn dieses Parlament eine sozialistische Mehrheit hätte, meine Freunde, hätte es in Deutschland auch eine bessere öffentliche Meinung, daran gibt es für mich gar keinen Zweifel. Gerade weil Europa am 10. Juni 1979 nicht sozialistisch wurde, gerade weil es nicht ins 19. Jahrhundert, in das Jahrhundert des Klassenkampfes zurückfiel, so wie die Sozialdemokraten hier ausgezogen waren, gerade weil wir jetzt die Chance haben, das freie und geistige Europa zu gestalten, müssen wir jede Chance nutzen, in Europa voranzukommen. Wir, die Deutschen, haben hier eine wichtige Position, nicht weil wir besonders klug oder besser sind als andere, sondern weil nach der Zahl unserer Bürger, nach der Wirtschaftskraft und der geopolitischen Lage wir eine besondere Verantwortung haben. Eine der wichtigen Lehren der letzten hundert Jahre deutscher Geschichte muß sein, daß wir das, was wir in Europa tun, in

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



voller Solidarität tun, daß wir nicht auf jene Pläne eingehen, die da von einer Achse Paris-Bonn träumen; von solchen Achsen haben wir für den Rest dieses und für das ganze folgende Jahrhundert die Nase voll, meine Damen und Herren. (Beifall) Was wir wollen, ist die Partnerschaft mit allen unseren europäischen Freunden und, ich sage dies bewußt, nicht zuletzt mit den kleinen Ländern in Europa. Europa kann nur werden, wenn gerade die kleineren Länder in Europa sehen, daß die größeren nicht nach der Quantität, sondern nach der Qualität von Politik heraus ihre Überzeugung gestalten. (Beifall)

Wer dem äußeren Frieden dienen will, muß inneren Frieden schaffen. Voraussetzung für den inneren Frieden, meine Freunde, ist die soziale Gerechtigkeit. Die innere Stabilität unseres Landes hängt entscheidend von sozialer Gerechtigkeit ab. Wenn manche über 50 Jahre nach dem beginnenden Ende der Weimarer Republik heute fragen, wie konnte das geschehen, stoßen sie immer auf das soziale Elend jener Tage, 6 Millionen Arbeitslose und die Erfahrung, die damit verbunden ist. Wir haben - das ist eine der größten Leistungen der Nachkriegszeit - ein Netz sozialer Sicherheit knüpfen können, das bislang gehalten hat. Aber, meine Freunde, das Netz sozialer Sicherheit konnte nur deswegen gehalten werden, weil wir eine dynamische Wirtschaftsordnung mit der sozialen Marktwirtschaft entwickelt haben. Deswegen gehört zu den großen innenpolitischen Punkten auch dieser Wahlkampfauseinandersetzung die soziale Marktwirtschaft. Ich sage es wegen der Kürze der Zeit in wenigen Schlagworten. Die CDU/CSU ist die Partei, die mehr Freiheit und weniger Bürokratie für den Bürger in Deutschland will. Das ist eines unserer wichtigsten Ziele. (Beifall)

Die CDU/CSU, das ist die Partei, die wieder solide Finanzpolitik betreiben will. Wir wissen, daß auch der Staat nicht mehr ausgeben kann, als er einnimmt, und wir wissen aus den bitteren Erfahrungen dieser zehn Jahre, daß die Sozialisten

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



mit dem Geld der Bürger nicht umgehen können. Auch das ist eine Erfahrung unserer Zeit. (Beifall) Meine Freunde! Lassen Sie uns das Thema der weit über 200 Milliarden Schulden, die die Koalition in diesem Jahr auftürmt, um Gottes willen nicht akademisch draußen vortragen. Keiner von uns geht im privaten Leben mit solchen Summen um. Das ist ja die Gefahr, warum viele diese dramatische Entwicklung so harmlos empfinden. Lassen Sie uns unseren jungen Mitbürgern sagen, daß diejenigen, die jetzt zwanzig sind, diese Milliardensummen im Laufe ihres Lebens mit abtragen müssen. Wer heute Schulden macht, belastet die Generation von morgen mit dieser Hypothek. Das muß unsere klare unmißverständliche Aussage sein. (Beifall) Wir wollen den Leistungswillen im Sinne der Idee der sozialen Marktwirtschaft entsprechend wieder unterstützen. Mit anderen Worten, Leistung muß sich wieder lohnen, in der Steuerpolitik mit mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit vor allem für den Mittelstand. Meine Freunde, wir wollen stoppen jenes Sterben mittelständischer Betriebe, die ein Signum dieser Koalition und auch der Politik der FDP geworden ist. Wir wollen keine Gesellschaft in Deutschland, in der in zwanzig Jahren, um die Jahrhundertwende, die Arbeitsplätze nur noch bei der öffentlichen Hand, beim Bund, bei Ländern und Gemeinden und großen Konzernen liegen. Wir brauchen Arbeitsplätze bei der öffentlichen Hand, wir brauchen große Konzerne, aber wir brauchen daneben viele Zehntausende von kleinen und mittelständischen Betrieben, wenn wir eine gesunde Wirtschaftsentwicklung haben wollen. (Starker Beifall)

Wir brauchen Sicherung des Lebensabends der alten Mitbürger. Wir haben uns ins Wort begeben zur Wiederherstellung der bruttolohnbezogenen Rente, und wir werden Helmut Schmidt nicht einen weiteren Rentenbetrug wie 1976 gestatten, jenen Rentenbetrug, dem er allein verdankt, daß er die 300 000 Stimmen mit der FDP zusammen mehr gehabt hat, die ihn im Amt gelassen haben. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Meine Freunde! Wir brauchen Zukunftsinvestitionen unserer Wirtschaft für die junge Generation ungeachtet der sonstigen Arbeitsplatzentwicklung. Es werden in diesen achtziger Jahren rund 1 Million junger Leute aus den geburtenstarken Jahrgängen aus Schulen und Ausbildungsstätten kommen, die zusätzlich 1 Million Arbeitsplätze brauchen. Das ist nicht zu schaffen nur mit staatlichen Investitionsspritzen, das ist nur zu schaffen mit einer großen unternehmerischen Leistung der deutschen Wirtschaft; darauf müssen wir bauen nach den Erfahrungen gerade des letzten Jahrzehnts. (Beifall)

Und, meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, wir brauchen eine klare Sicherung der Energieversorgung für die Zukunft unseres Landes. Was sich hier in den letzten Jahren abspielt, gehört mit zu dem Schlimmsten in der Erfahrung der jüngeren deutschen Geschichte. Während alle anderen in Ost und West, rings um uns herum, erkannt haben, daß die Energiepolitik die Frage nach der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität der Zukunft aufwirft, und Vorsorge treiben, verharren wir in ideologischen Kriegsfronten, die in sich völlig absurd sind, während diejenigen, die für die Sicherung der Energiebasis eintreten, sozusagen von vornherein als Anhänger des Atomtods deklariert und diffamiert werden. Meine Damen und Herren! Es geht um die Zukunft des Landes. Unser Rechtssystem hat zur Folge, daß heute vom Tag des Beschlusses bis zum Tag der Einweihung des Baues eines Kernkraft- oder Kohlekraftwerkes zwischen 12 bis 15 Jahre vergehen. Wenn wir zwischen 1980 und 1984 die notwendige Entscheidung, ein klares Ja zum Ausbau der Kernkraft- und Kohlekraftwerke, in der Bundesrepublik nicht schaffen, werden wir im Jahre 2000 die notwendigen Stromversorgungsunternehmungen nicht haben; dann werden wir nicht jenen Strom und jene Kraft besitzen, die die Maschinen in unseren Fabriken treibt. Wer also SPD und FDP wählt, muß wissen, und wir müssen das laufend sagen, daß die Wahl von SPD und FDP bei dieser Wahl 1980 sozialen Abstieg bedeutet, weil sie nicht

Zur Verfügung gestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



willens oder nicht in der Lage sind, die Kraftwerksbasis der Bundesrepublik in diesen Jahren entscheidend zu gestalten. (Beifall) Lassen Sie mich auch das sagen, gerade unseren jungen Mitbürgern, meine Freunde, daß, wer von Solidarität für die Dritte Welt spricht, hier nicht mit der Plakette herumlaufen kann "Kernkraft - nein danke". Sagen wir das den jungen Mitbürgern, die da stehen mit ihren Transparenten "Kernkraftwerke - nein danke" in der einen Hand, "Solidarität für die Dritte Welt" in der anderen Hand. Wir wissen aus den jüngsten Unterlagen, die wir alle haben, daß in diesem Jahrzehnt der achtziger Jahre sich die Kosten für Öl verdoppeln werden, vielfach die Preise sich erhöhen werden. Meine Damen und Herren! Am Ende dieses Weges, das ist jetzt schon erkennbar, werden die reichen Länder, weil sie es müssen und gar nicht anders können, jeden Preis gegenüber den OPEC-Erzeugern zahlen. Die armen Länder, die Länder der Dritten Welt, können nicht mithalten und die Zahl derer, die bitter Hunger leiden und des Hungers sterben, wird zunehmen. Es ist also ein Akt blanker Intoleranz, Indolenz und Unfähigkeit, wenn manche bei uns die Diskussion so führen, als gebe es diese Alternative. Wir betreiben gegenwärtig die Politik des reichen Mannes, wir, die westlichen Länder, auch wir, die Deutschen, im Blick auf OPEC-Preise, gegenüber unseren ärmeren Nachbarn. Wer im vergangenen Winter beobachtet hat, daß der türkische Staat nicht mehr gewährleisten konnte, daß Schule gehalten wurde, weil eben das Geld nicht da war für Brennstoff, daß Krankenhäuser stillgelegt wurden und anderes - und die Türkei steht hier für viele Länder -, der muß wissen, wer von westlicher Solidarität redet, kann sie nicht üben gegenüber der Dritten Welt, wenn er im eigenen Land sich nicht alternative Energie schafft. Das ist eine der Voraussetzungen für eine aufrichtige Politik. (Starker Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Meine Freunde, lassen Sie uns das Thema Kernkraft ganz offen aus unserem Grundverständnis von Umwelt angehen. Wer ist eigentlich mehr berufen, vernünftige ökologische Politik zu betreiben, wenn nicht wir, die Christlich Sozialen und die Christlichen Demokraten. Unsere Feinde bezeichnen uns immer als konservativ, ich habe nichts dagegen. Wir sind nach dem Krieg aus dem Geschichtsstrom der christlich-sozialen, der liberal-freiheitlichen und der konservativen Idee entstanden, und das bleibt so, das ist die Mitte unserer Union. Aber was heißt eigentlich konservativ in diesem Betracht? Das heißt doch, daß wir den Schatz der Natur, der in unserer Generation auf uns kam als Erbe der Generation vor uns - die Wälder, die Gewässer, die Fluren, all das, was unser Leben überhaupt erst erträglich macht in einem übervölkerten Land - von unserer Generation nicht zerstört werden darf, daß wir nicht zulassen dürfen, daß es jetzt verrottet. Wir müssen es möglichst unversehrt an die nächste Generation weitergeben. Das ist der ökologische Auftrag, den wir zu erfüllen haben als Konservative in Deutschland. (Starker Beifall)

Ein vorletztes zentrales Kapitel unserer Politik ist das Thema Familie. Meine Damen und Herren! In allen Industriestaaten sind die Geburtenzahlen radikal zurückgegangen. Daß wir den traurigen Weltrekord haben, das Land mit der niedrigsten Geburtenrate zu sein, spricht für sich. Ob wir es wollen oder nicht, wir, die Bundesrepublik, sind unter der Herrschaft dieser Regierung, in diesen zehn Jahren, zum kinderfeindlichsten Land der Welt geworden, jedenfalls der europäischen Welt geworden. Gehen Sie nach Holland, gehen Sie nach Belgien, gehen Sie nach Frankreich, gehen Sie nach Italien, ich sage auch: gehen Sie in die "DDR" und schauen Sie sich an, was dort in diesem Bezug gemacht wird. Das ist unsere Sache, nicht nur eine Sache der Regierung und der Parteien. Wir alle als Bürger unseres Landes müssen uns fragen, ob wir genug für eine kinderfreundliche Gesellschaft getan haben.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Es hat seine Gründe, warum das bei uns so ist. Es hat seinen Grund vor allem in der sozialistischen Indoktrination, weil Sozialisten mit der Familie nichts anfangen können. Die gab es halt immer, und für einen Sozialisten ist das, was es immer gab und wenn es sich noch so bewährt hat, etwas Antiquiertes, was schon um der Reform willen abgeschafft werden muß. (Beifall) Und so haben sie in diesem Jahrzehnt die Familie im Rechtlichen, im Sozialen, im Gesellschaftspolitischen, im Psychologischen mit einer Summe von Repressionen überzogen. Wer die Diskussion jüngst zum Jugendhilferecht im Bundestag verfolgt hat, kann es mit Händen greifen. Sie können den Satz nicht begreifen, so einfach er ist, daß eine gesunde Familie Voraussetzung eines gesunden Staates ist. Wir müssen uns wieder bereitfinden, leidenschaftlich diesen Satz nicht nur zu proklamieren, sondern praktisch zu leben.
Meine Damen und Herren! Das setzt voraus, daß wir bei all dem, was wir sparen müssen in der Zukunft angesichts der Schuldenwirtschaft und angesichts der leeren Kassen, die wir im Herbst übernehmen werden, daß die Familie absolute Priorität genießen muß; die Familienpolitik muß wieder das Thema aller innenpolitischen Themen der deutschen Gesellschaft und der Politik werden. (Starker Beifall) Es wird nicht jedem gefallen, meine Freunde, wenn ich jetzt sage, um so klarer will ich es sagen: Die Frage nach der Familie ist immer auch eine Frage nach der Position der Frau in unserer Gesellschaft. Hier müssen wir noch einen weiten Weg zurücklegen. Wir haben mit unserer Verfassung Gleichberechtigung erreicht und, meine Damen und Herren, ich bin der Letzte, der Gleichberechtigung falsch auslegt. Aber es ist in Wahrheit doch ein weiter Weg, die Gleichberechtigung wirklich zu realisieren. Paschahafte Vorstellungen gibt es auch in weiten Teilen noch der CDU/CSU; viele, die zu Hause längst in diesen Vorstellungen nicht mehr leben würden, riskieren es noch in unseren Delegiertenversammlungen. Auch das ist die Erfahrung, die wir in diesen Jahren gemacht haben. Wer also ja sagt zur Familienpolitik, muß ja

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



sagen zu einer Position der Frau in der Gesellschaft, die einer freien Gesellschaft entspricht. Ob eine Frau berufstätig ist oder nicht, ist ihre private Sache, das muß sie mit sich und ihrer Familie ausmachen. Aber wenn eine Frau dann nach Hause zurückkehrt und ihre zwei, drei, vier Kinder großzieht, tut sie das natürlich für sich und ihre Familie. Aber sie tut es auch für uns, das ganze Land, und es ist unerträglich und es ist ungerecht und himmelschreiendes Unrecht, wenn der Dienst der Hausfrau als Mutter im sozialen Recht unseres Landes nicht bewertet wird im Verhältnis zu einer berufstätigen Frau. (Starker Beifall) Das ist der Sinn des Erziehungsgeldes. Deswegen müssen wir leidenschaftlich gerade bei unseren Mitbürgerinnen für eine solche offene freiheitliche, aber verpflichtende Politik kämpfen.

Und, meine Freunde, das Letzte, was ich jetzt vortragen möchte: Wir müssen kämpfen für eine Renaissance der Familie aus Gründen der geistig-politisch-moralischen Erneuerung unseres Landes. Unsere Republik ist jetzt 30Jahre alt. Bei der Wahl am 5.Oktober werden beinahe 60 Prozent der Wähler, die zur Wahlurne gehen, aus jener Generation kommen, die nach Hitler geboren und nach Hitler aufgewachsen ist. Das ist eine Generation, die nichts mehr weiß vom Widerstand gegen Hitler, von Krieg, Not, Entbehrungen und Elend, eine Generation, die nicht mehr Hunger kennt, eine Generation, die in großartiger Weise die Früchte leben darf, Gott sei Dank, die die Gründergeneration der Bundesrepublik in diesen ersten Jahrzehnten gesät hat. Diese jungen Mitbürger stellen dementsprechend auch oft Fragen und sie erwarten von uns eine klare Antwort und, meine Freunde, es genügt nicht, zu sagen, wir haben doch damals eine großartige Politik gemacht, Einführung der sozialen Marktwirtschaft, Sicherung der Freiheit, alles, was richtig ist, aber wer ein Leben lang in Freiheit gelebt hat, der weiß gar nicht, wie es ist, wenn man unfrei ist; wer ein Leben lang satt geworden ist, weiß nicht, wie es

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



ist, wenn man Hunger hat, und es ist töricht, jungen Leuten daraus einen Vorwurf zu machen, daß sie so sind. Sie sind ja so geworden, Gott sei Dank, weil eine kluge Politik in den ersten Jahrzehnten dieses Staates ihnen diese Chance eingeräumt hat. Aber wir wissen doch mehr als andere, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, daß die Sinnfrage des Lebens bei der jungen Generation zurecht gestellt wird. Wer vor ein paar Tagen auf dem Katholikentag in Berlin mit dabei war, konnte es dort erleben, bei vielen Zehntausenden junger Leute, wer wie Franz Josef Strauß und ich vor acht Tagen bei der Jungen Union in Böblingen war oder vor vier Wochen beim Jugendforum 80 in Mainz, der konnte es erleben, daß die Jungen natürlich ihre Sorgen haben - Numerus clausus, Schule, Lebensexistenzkampf, das ist alles auch wahr -, aber es ist doch eine phantastische Sache, daß diese jungen Menschen, und das sind doch nun wirklich die typischen jungen Menschen, zunächst die Frage nach dem Sinn des Lebens stellen, ob es sich rentiert, sich für diesen Staat einzusetzen, daß sie eine Sehnsucht nach Idealen deutlich leben. Das müssen wir endlich wieder zur Kenntnis nehmen, wenn wir neben den materiellen auch über die immateriellen Grundlagen unseres Staates sprechen. (Starker Beifall) Wir bleiben dabei in der großartigen Tradition unserer Union; denn die CDU/CSU ist doch entstanden aus diesem geistigen Gesetz unseres Anfangs, klaren sittlich-moralischen Grundlagen für die Politik. Wir haben doch nach dem Krieg die Union als etwas völlig Neues gegründet aus der Erfahrung heraus, daß sie als Antwort auf den totalitären Staat Adolf Hitlers, daß sie als Antwort auf den heraufdämmernden kommunistischen Staat im andern Teil Deutschlands wir nur dann existieren können in Freiheit, wenn dies eine Republik ist, die auf klaren sittlich-moralischen Grundlagen ruht. Wenn junge Mitbürger uns fragen, was ist das, unser Staat, was ist das, euer Staat, dann ist die Frage nach unserem Beispiel gestellt.

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Deshalb ist vor allem, meine Freunde, die Besinnung auf die Geschichte der Deutschen gestellt. Die Flucht in die Geschichtslosigkeit der letzten eineinhalb Jahrzehnte rächt sich Tag für Tag bitterer. Wenn wir nicht jetzt erkennen - und in dieser Frage, glauben Sie es mir, ist es fünf Minuten vor zwölf -, daß wir wiederum den Willen zur Kontinuität unserer Geschichte in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, dann ist alles umsonst gewesen. Meine Freunde, wir können noch so viel tun für die modernsten Geräte der Bundeswehr, wenn die jungen Soldaten, die dort ihren Dienst tun, nicht überzeugt sind, daß es sich lohnt, für das eigene Land, die eigene Freiheit einzustehen, war alles umsonst gewesen. (Beifall) Das heißt, daß wir wieder ohne Einschränkung zur Geschichte unseres Landes stehen, zu den großartigen Kapiteln, die Werke des Friedens manifestieren, und den schlimmen Tagen der Erniedrigung, der Barbarei, der Diktatur, daß wir deutlich machen, meine Freunde, daß wir zum eigenen deutschen Vaterland stehen. Gerade, weil wir ganz und gar unfähig sind zu jeder Form des Nationalismus, weil wir Nationalismus als ein Erzübel unserer Geschichte erkannt haben und ablehnen, gerade deswegen sind wir deutsche Patrioten, lassen Sie uns doch auch wieder dieses Wort verwenden. Wo steht eigentlich geschrieben, daß das Wort "Vaterland" in Deutschland im Dritten Reich untergegangen ist? Es gab das deutsche Vaterland lange vor Hitler und es wird das deutsche Vaterland noch lange nach Hitler geben, lassen Sie uns das doch offen aussprechen und sagen. (Starker Beifall) Es war für mich ein großes Erlebnis, als ich gerade jetzt vor einem Jahr in Rom beim Papst war, der aus Polen kam, und wir über die Frage der Teilung unseres Vaterlandes redeten und ich ihm sagte, daß mein Empfinden ist und meine Einsicht, daß die Jungen drüben in der "DDR" nicht resigniert seien, daß sie an die Zukunft der Einheit unserer Nation glauben würden, als der Papst sagte - dies ist für einen Polen ja nichts Besonderes -, mit leichtem Nicken des Kopfes: Ja, Vaterlandsliebe, Patriotismus, das ist eine christliche Tugend!

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Meine Damen und Herren! Warum leben wir diese Tugend nicht mehr, nicht deutlicher - nicht prahlerisch und pathetisch, sondern selbstverständlich, wie das sein muß.

Wir wollen die Einheit der Nation, und Nation heißt für uns nicht ein Zurück zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts, das wird nie wieder kommen. Die Chance der Deutschen, verträglich miteinander zusammenzuleben, auch nach dem Willen unserer Nachbarn, ist nur denkbar unter einem europäischen Dach in der größeren Einheit Europas. Bis dorthin, meine Freunde, ist noch ein langer Weg, ein Weg, der langen Atem vor der Geschichte braucht, und den müssen wir aufbringen. Wenn Herr Brandt und Herr Schmidt sagen, sie können mit der Wiedervereinigung nichts anfangen, der andere sogar meinte, er wolle sie aus seinem Sprachschatz streichen: Lassen Sie ihn streichen, die Geschichte geht über sie hinweg, das sind verbrauchte, resignierte Männer, das ist nicht die Zukunft unseres Landes. (Beifall) Wer am vergangenen Dienstag im Bundestag war oder im Fernsehen die Übertragung der Sitzung miterlebt hat, ich sage es ohne Polemik, der wird sich ganz einfach die Frage stellen: Was ist das für eine Regierung und was ist das für ein Kanzler, der am 17. Juni, 27 Jahre danach, auch im Hinblick auf die jüngere Generation, die nachgewachsen ist, von der ich sprach, fast nichts zum einen deutschen Vaterland gesprochen hat, der das tut mit der gequälten Miene einer Pflichtübung, die eben absolviert werden muß. Wir werden den langen Atem vor der Geschichte nur aufbringen, wenn es nicht eine Frage nur des Verstandes, sondern eine Frage auch des Herzens ist, wenn wir die Anfrage von Mitbürgern im andern Teil Deutschlands - ich habe es im Bundestag erwähnt, jenen jungen Mann aus Leipzig auf dem Alexanderplatz in Berlin im vergangenen Winter: Herr Kohl, vergessen Sie nicht, wir sind auch gute Deutsche! - nicht ruhig, aber überzeugend, jeder für sich, beantworten können. Drüben, im andern Teil Deutschlands, ist die "DDR" aufgebrochen mit einer neuen Form von Politik. Sie haben begriffen, daß sie im wirtschaftlichen Wettstreit mit der Bundesrepublik

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



keine Chance haben, sie haben sich besonnen auf die gefährlichste Idee des Kommunismus, nämlich die Idee der Vermählung der kommunistischen Ideologie mit dem Nationalismus. So können Sie drüben exemplarisch beobachten, jeden Tag, wie die "DDR"-Führung mit der Geschichte umgeht, wie sie die deutsche Geschichte umfunktioniert und umfälscht mit dem Ziel, am Ende die Erfüllung der deutschen Geschichte im Regime Honeckers zu finden. Wer sieht, wie in diesen Tagen der Jahrestag Martin Luthers in diesem Sinne versucht wird zu mißbrauchen, wer die Diskussion um Clausewitz in diesen Tagen erlebt hat, der kann die Beispiele mit Händen greifen. Meine Freunde, dies ist eine ganz andere Herausforderung, eine viel schwierigere, differenziertere, aber auch gefährlichere, die wir bestehen müssen. Deswegen lassen Sie uns die Partei sein hier in der Union, die die Idee der freiheitlichen deutschen Geschichte weiterträgt, die aber zur Geschichte steht, die nicht zuläßt, daß die junge Generation um das Erlebnis und um die Erfahrung der eigenen Geschichte betrogen wird. Das ist eines der Grundthemen unserer Zeit, das deutlich werden muß. (Starker Beifall)

Zusammen, meine Freunde, wollen wir hier auch von München aufbrechen, wie vor wenigen Tagen auf unserem Berliner Bundesparteitag der CDU, die Wende der deutschen Politik herbeizuführen. Lassen Sie uns gemeinsam ans Werk gehen mit Franz Josef Strauß, mit unserer Mannschaft, mit unseren besseren Ideen, mit unserer kämpferischen Bereitschaft und Überzeugung. Lassen Sie uns einfach - ich sage es wieder wie in Berlin - die Ärmel aufkrempeln und gemeinsam kämpfen. Wir haben eine gute Chance. Es liegt an uns, daß wir diese Chance nutzen. Helfen wir uns gegenseitig. Helfen wir zusammen für den Sieg der Union am 5. Oktober. (Starker, lang anhaltender Beifall und Bravo-Rufe)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Tagungspräsident Stücklen: Lieber Helmut Kohl, der Beifall des Parteitages zeigt, daß Deine Rede, Deine Solidaritätsadresse den Verstand und die Herzen der Delegierten erreicht hat. Mit Dir bin ich der Auffassung, daß wir die politischen Ziele der CDU/CSU, die wir immer schon gemeinsam vertreten haben, nur in Geschlossenheit und Solidarität erfolgreich durchsetzen können. Nur wenn wir an unseren Grundsätzen orientiert sind und dabei auch praktisch vollziehbare Sachpositionen geschlossen vertreten und im persönlichen Bereich unbeirrte Solidarität üben, wirken wir überzeugend. Dann, so glaube ich, sind wir nicht zu bezwingen. Denn wir haben die besseren Männer, wir haben die bessere Mannschaft, wir haben das bessere Programm. In diesem Sinne möchte ich herzlich für diesen Aufruf zur Solidarität im gemeinsamen Kampf für den Erfolg am 5. Oktober danken. (Beifall - Folgt Wahlkampffilm)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Das Wort hat der Parteivorsitzende der Christlich-Sozialen Union, unser Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß.

Dr. h.c. Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU, bayerischer Ministerpräsident (von starkem Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Ehrengäste! Ein besonders herzliches Wort des Dankes an den Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union, unserem Freund, politischen und persönlichen Freund, Dr. Helmut Kohl, für das Grundsatzreferat, das er heute zum Abschluß unseres Parteitags und auf dem Höhepunkt desselben gehalten hat. (Beifall) Ein Wort des Dankes und der Anerkennung für den Mut, den der Generalsekretär Edmund Stoiber und seine Mitarbeiter aufgebracht haben, mit diesem Film die Wahrheit zu zeigen. (Starker Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Dieser Parteitag ist ein Parteitag des Aufbruchs zur Bundestagswahl 1980, und wir sagen mit Recht, es sei die bedeutendste Bundestagswahl seit dem Jahre 1949, als die geschichtlichen Weichen in der Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal gestellt worden sind. Wir stehen heute wieder vor einer geschichtlichen Weichenstellung. Wir stehen vor dem Scheideweg, wir stehen vor dem Bruchpunkt, wohin soll die Reise gehen. Was steht denn auf dem Spiele?

Erstens steht auf dem Spiele die Erhaltung unserer freiheitlich-bürgerlichen Rechtsordnung, einer liberalen, toleranten, offenen Ordnung. Wenn ich das Wort "Bürger" in den Mund nehme, meine ich es nicht im Sinne des 19. Jahrhunderts mit Plüschsofa und Nippes auf der Kommode, dann meine ich alle diejenigen in unserem Staate, ob Arbeiter oder Generaldirektor, Beamter oder Bauer, Ingenieur oder Wissenschaftler, Handwerker oder Händler, jeden, der zu diesem demokratisch-freiheitlichen Rechtsstaat ja sagt. Es geht um die Erhaltung unserer freiheitlichen Rechtsordnung. Sie muß gesichert werden, wo sie gefährdet ist; sie muß wiederhergestellt werden, wo sie verloren gegangen ist; und sie muß verteidigt werden gegen alle Gefährdungen und Drohungen. Wir wenden uns gegen die sozialistische Zukunftsgesellschaft der Herren Brandt und Schmidt. Zwischen den beiden ist der Unterschied nur in der Diktion oder in der verschiedenartigen Fähigkeit der Bürgertäuschung, einmal so und einmal so. (Beifall) Darum geht es.

Es geht zweitens in dieser Weichenstellung um die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Freiheit, gegen einen Frieden der schrittweisen Kapitulation, der Kapitulation auf Raten. Wenn der Bundeskanzler sowohl in seiner Rede im Deutschen Bundestag wie bei anderen Gelegenheiten der Union die Fähigkeit zum Frieden abgesprochen hat, dann ist das nicht nur eine Geschichtsfälschung und eine persönliche Ehrabschneidung gegenüber der Union, es ist auch eine ihn selbst kompromittierende Demaskierung und Entlarvung; denn er gibt damit

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



zu, daß er unter Frieden Kapitulation versteht. (Beifall) Wer uns die Fähigkeit zum Frieden absprechen will, gibt zu, daß er unter Frieden Kapitulation auf Raten gegenüber der Machtpolitik der Sowjetunion versteht. Allerdings, da hat er recht, zur Kapitulation vor dieser Machtpolitik sind wir unfähig, waren es, sind es und werden es bleiben. (Starker Beifall)

Die Bundesrepublik Deutschland, unser demokratischer Rechtsstaat - ganz Deutschland ist unser Vaterland -, aber diese Bundesrepublik Deutschland, der freie Teil Deutschlands, darf kein SPD-Staat werden. Wir brauchen weder einen Kerenski noch einen Chamberlain - für diejenigen, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts in Erinnerung haben. Die Bundesrepublik Deutschland muß vor dieser SPD geschützt werden. (Beifall und Bravo!) Diese SPD muß in der Opposition wieder die Möglichkeit bekommen, sich von ihren Volksfrontelementen zu trennen und den Trennungsstrich nach alter Friedrich Ebertscher Tradition zu den Kommunisten klar zu ziehen. (Starker Beifall und Bravo!)

Was verstehen wir unter SPD-Staat? Die Verbindung von Parteibuch und Inkompetenz bei der Besetzung öffentlicher Ämter. (Beifall) Hier hat gerade Helmut Schmidt einige besondere Beispiele gesetzt, als er seine Günstlinge im Verteidigungsministerium unterbrachte, die hernach mit dem großen Spionageskandal im Zusammenhang standen.

Wir verstehen unter SPD-Staat die Bedrohung aller Personen, Einrichtungen und Gemeinschaften, die sich dem Sozialismus widersetzen. (Beifall) Auch das ist ein Stück SPD-Praxis. Wir verstehen darunter den Mißbrauch der Schule zur marxistischen Indoktrination im Konfliktdenken. Wir verstehen darunter den sozialistischen Propagandadruck aus und in einseitig besetzten Rundfunk- und Fernsehanstalten und anderen Massenmedien, die sich zum Teil freiwillig gleichgeschaltet haben,

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



(Beifall) gleichgeschaltet haben im Dienste anarcho-sozialistischer Zerstörung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung.

Wir verstehen darunter auch die fortgesetzten Versuche, die Wirtschaft - und da bieten sich immer schönste Formulierungen an - durch"vorausschauende Strukturpolitik" und mit allerlei verführerischen korrumpierenden Programmen in den Einflußbereich der Funktionäre zu bringen. Dazu gehört auch eine zum Teil sozialistisch ausgerichtete Forschungs- und Entwicklungspolitik. Man sehe sich einmal den Haushalt dieses Bundesministeriums näher an. Dann wird man sehen, wie hier hinter der bürgerlichen Maske Helmut Schmidts Gesellschaftsveränderung betrieben wird. (Beifall)

Wir verstehen unter SPD-Staat auch eine immer dreister gewordene Zusammenarbeit zwischen den linken Gruppen der SPD und FDP einerseits mit Kommunisten und Kryptokommunisten in einem neuen Volksfrontbündnis. Sie betätigen sich als Wahlhelfer Helmut Schmidts mit Zukunftswechseln in der Tasche.

Wir verstehen unter SPD-Staat die Zulassung von Feinden der Freiheit in den Staatsdienst, (Beifall) wir verstehen darunter die systematische Erzeugung von Unsicherheit in den Sicherheits- und Nachrichtendiensten, die in der Erfüllung ihrer Funktion systematisch verdächtigt und behindert werden (Beifall), wir verstehen darunter auch die beharrliche Weigerung der kleinen SPD/FDP-Mehrheit in Bonn, das friedliche Demonstrationsrecht gegen Mißbrauch durch kriminelle Gewalttäter zu schützen. (Starker Beifall) Brauchen friedliche Demonstranten Integralhelme, Schutzhelme, Vermummungsmasken, Verkleidungsmöglichkeiten, doch damit sie von der Polizei nicht erkannt, identifiziert und überführt werden können. Auch das ist ein Stück SPD-Staat: Viermal haben wir im Deutschen Bundestag den Antrag gestellt, die Teilnahme an gewalt-

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



tätigen Demonstrationen wieder unter Strafe zu stellen (Beifall), das Tragen von Masken und Verkleidungen und Waffen zu verbieten. Viermal sind wir abgelehnt worden. Wir haben heute einen Anschauungsunterricht dazu bekommen. Wir verstehen aber auch darunter die von Helmut Schmidt geduldete und geförderte Hetzkampagne des totalen Hasses mit bewußter Zerstörung des demokratischen Grundkonsensus, wenn es um die Erhaltung parteipolitischer Macht und parteipolitischer Sinecuren geht. Wir verstehen darunter auch - und es fällt mir schwer, diesen Satz zu sagen - gewisse Verfallserscheinungen in einigen Bereichen der Justiz, wenn sie nicht mehr Ehrenschutz gewährt, sondern richterlich abgestempeltes Freiwild zum Abschuß freigibt. Ich meine damit die Urteile von Bremen und Stuttgart. (Beifall)

Wenn ich sage, es geht um Frieden und Freiheit, um einen Frieden in Freiheit, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es um die Erhaltung der seinerzeit von Konrad Adenauer vor 30 Jahren - und ich bin von den Politikern der ersten Linie wohl heute noch der einzige, der an diesen Entscheidungen in der geistigen Erarbeitung, in der politischen Prüfung und in der Durchsetzung nach außen in vorderster Front beteiligt war (Beifall) - geht es um die Erhaltung der Adenauerschen Friedensordnung, die sicherlich die Hand nach Osten versöhnungsbereit ausstreckte, die aber nicht bereit war, ein Moskau-Papier als Ersatz für ein konkretes Bündnis in Kauf zu nehmen. (Beifall) Es ist nicht nur das schmutzige Geschäft mit dem Leid der Vergangenheit, das schmutzige Geschäft mit der Angst vor der Zukunft, sondern es ist ein neuer Anlauf zur Zerstörung des demokratischen Grundkonsensus, es ist eine enthüllende und demaskierende Formulierung. Helmut Schmidt verwechselt Frieden in Freiheit mit Frieden durch Kapitulation. Wir sind natürlich ganz eindeutig für die pax atlantica und kämpfen mit allen Kräften gegen eine Weichenstellung in Richtung einer pax sowjetica. (Beifall) Dazu sind wir unfähig. Wir sind auch unfähig zu

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



einem Deutschlandplan à la SPD, wie er im Jahre 1958 entstanden ist, vorübergehend in die Asservatenkammer gelegt worden ist, aber schrittweise wieder herausgeholt werden soll. Wir sind unfähig zu einem solchen Deutschlandplan, weil wir eine Konföderation mit einem Staat der Gewalt, Unterdrückung und Beraubung der Bürger, Beraubung ihrer Freiheit und ihrer Freiheitsrechte nicht eingehen können und wollen, weder damals noch heute noch in der Zukunft. (Beifall) Wir sind unfähig zu einem Wechsel durch Anpassung und wir werden die Demontage der Adenauerschen Friedensordnung verhindern, weil wir von nun an noch deutlicher als bisher allen Bürgern sagen werden, worum es geht. Die Bürger werden verstehen, worum es geht. Unsere Sprache wird eindeutig sein. Ja wird ja sein, nein wird nein sein. Wir sind keine Lauwarmen, die man ausspuckt aus dem Mund, wir sind klar und entschieden in der Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und in der Erhaltung unserer auf dem westlichen Bündnis beruhenden Sicherheit und der damit verbundenen Friedens- und Freiheitsordnung. (Beifall) Darum geht es.

Die SPD, meine Damen und Herren, und das haben manche unserer Freunde in der Vergangenheit nicht ernst genug genommen, haben es nicht glauben wollen - was nicht gegen sie spricht, was nicht gegen ihre Ehrlichkeit spricht, ihre Gutmütigkeit, vielleicht Zeugnis ihrer gutmütigen Naivität ist -, betrachtet den 21. Oktober 1969 als Beginn eines neuen Zeitalters. Sie hätte damals am liebsten die Glocken läuten lassen und eine neue Zeitrechnung eingeläutet, aber das wäre doch des Jubels zuviel gewesen. Der Tag der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler, sie betrachten das als einen tiefen Einschnitt, sie betrachten das als Beginn einer Einbahnstraße, einer Einbahnstraße mit zwei Endstationen: sozialistische Gesellschaftsordnung und eine auf Unterwerfung unter den sowjetischen Machtwillen gegründete Moskauer Friedensgarantie als Ersatz für die Bündnisgarantie. Meine Damen und Herren!

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Manche wollten es nicht glauben, daß die Sozialisten darunter einen Marsch verstehen auf einer Einbahnstraße, einen Marsch, der nicht aufhaltsam sein soll, der unabänderlich sein soll, der unumkehrbar sein soll, und wehe dem, der sich widersetzt.

Meine Damen und Herren! Warum denn eigentlich der ganze Hexensabbat gegen mich? Will Helmut Schmidt mit den kommunistischen und kryptokommunistischen Hilfstruppen, mit einer pseudoliterarischen Subkultur halbkommunistischer, zum Teil anarchistischer Schriftsteller Demokratie, Freiheit, Recht und Fortschritt in unserem Lande gegen mich verteidigen? Das ist doch die Frage, meine Damen und Herren. Es geht nicht um mich, es geht um das, wofür ich stehe. (Starker Beifall) Helmut Schmidt gibt sich so weit bürgerlich, als es notwendig ist, die Reizschwelle der Aufmerksamkeit eines zur Schlafmützigkeit neigenden Bürgertums nicht zu überschreiten (Beifall), so weit gibt er sich bürgerlich. Aber er ist auch so weit Sozialist und er geht so weit sozialistisch als es möglich ist, ohne Verschreckung des Bürgers die Linken bei der Stange zu halten und als Hilfstruppen zu gebrauchen.

Die Hilfstruppen Helmut Schmidts, meine Damen und Herren, sind einmal eine FDP, die das liberale Freiheitsideal in den letzten zehn Jahren zunehmend vergessen und verloren hat. (Beifall) Das liberale Freiheitsideal ist heute bei den Christlichen Demokraten und den Christlich Sozialen aufgehoben. Wir sind hier die Gralshüter und die Traditionswahrer. Wer die letzte Rede Genschers in Freiburg verfolgt hat, der konnte feststellen, daß er versucht hat, vielleicht in Torschlußpanik, Helmut Schmidt noch links zu überholen. Mir ist bei einem Empfang amerikanischer Wirtschaftler am Beginn letzter Woche die Frage gestellt worden, was ist denn eigentlich in diesen Genscher gefahren, hat er seine Meinung geändert. Ich habe gesagt, nein, der hat nie eine gehabt (Heiterkeit), außer die, sich jeweils so zu verhalten, wie es ihm opportunistisch notwendig erscheint. (Starker Beifall)

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Meine Damen und Herren! Wie sehen denn diese Hilfstruppen Helmut Schmidts aus, die nur mit der Parole "Stoppt Strauß" antreten? Es sind die Jungsozialisten, die ohne Widerspruch Helmut Schmidts ihre ablehnende Haltung gegenüber der NATO und zum Bündnis gegenüber Amerika verstärkt haben, zum Teil in beleidigenden Ausdrücken den amerikanischen Präsidenten als Kriegstreiber bezeichnen, eine ungeheuerliche Umkehrung der Wirklichkeit. (Beifall) Es geht nicht um die Frage, ob die Amerikaner Fehler gemacht haben oder nicht. Niemand ist frei von Fehlern, und es gehört auch zur Offenheit im Bündnis, daß man aneinander - man soll es nicht lautstark nach außen tun, aber am Tisch - Kritik übt. Das haben wir früher getan, das tun wir auch jetzt noch, aber wir tun es nicht mit der Absicht, das Bündnis psychologisch auszuhöhlen, psychologisch zu zersetzen und von innen her einem Erosionsprozeß auszusetzen, der eines Tages zum Zerfall führen muß; denn kein Bündnis ist mehr wert als das Vertrauen der Bündnispartner zueinander und die moralische Entschlossenheit der einzelnen Bündnispartner, ihren Part in diesem Bündnis zu spielen. (Beifall)

Was fordern die Hilfstruppen Helmut Schmidts noch? Die Anerkennung der "DDR"-Staatsbürgerschaft, die durch das Bundesverfassungsgericht verboten worden ist, die Anerkennung der Zonengrenze als Staatsgrenze, die Verstaatlichung der Zeitungsverlage. Aber es kommen noch einige Forderungen hinzu: die Errichtung einer Stiftung aus Steuergeldern für geschädigte Homosexuelle (Heiterkeit) und die vollständige Freigabe der Abtreibung. Meine Damen und Herren! Es ist geradezu grotesk, wenn der Generalsekretär der FDP neue Wählerschichten erschließen will, nämlich bei den Homosexuellen und bei den Drogenabhängigen; nun, einige davon hat er ja sicherlich schon. (Starker Beifall)

Wie sehen denn diese Hilfstruppen aus, die heute "Stoppt Strauß", die heute im "Kampf für Freiheit, Recht, Frieden

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



und Fortschritt" "Stoppt Strauß" rufen? Cicero hat einmal geschrieben: littera non erubescit - ein Brief kann nicht rot werden. Wenn Formulierungen rot werden könnten, sich schämen könnten, dann sollten diejenigen sich schämen, die glauben, mit Kommunisten Freiheit, Frieden und Demokratie gegen einen Demokraten sichern zu können. (Starker anhaltender Beifall) - Einen Demokraten, als den ich mich nicht nur bezeichne, sondern den ich mein ganzes politisches Leben - das hat schon wenige Wochen nach dem Krieg begonnen - praktiziert habe. Ich habe auch nicht die Absicht, mich zu verteidigen, verstehen Sie mich ja nicht in dem Sinne, ich halte keine apologetisch-biographischen Reden über mich; für mich spricht die Sache und das, was ich in meinem generationslangen politischen Leben 31 Jahre im Parlament und fast 15 Jahre in verschiedenen Regierungen getan und geleistet habe. Das ist entscheidend. (Beifall)

Ich möchte Ihnen die Liste der Hilfstruppen ersparen, aber was da an Komitees, Organisationen, Institutionen - in Bayern sagt man, wie Schwammerl nach dem Regen - jetzt herausgesprossen ist, die kämpfen wollen für Frieden, Freiheit, Fortschritt, Recht, Demokratie, gegen die CDU/CSU und gegen mich - ich bin ja froh, daß sich endlich einmal die Fronten klar scheiden, hier kann sich die SPD nicht länger herumdrücken. (Starker Beifall und Bravo!)

Meine Damen und Herren! Was ist denn eigentlich in diese SPD gefahren? Ich hatte in der letzten Woche das Vergnügen, die Ehre, in einem Staatsakt im Nationaltheater in München die politische Gedenkrede auf 800 Jahre Wittelsbach zu halten. Ich habe gesagt, daß mir natürlich König Ludwig III. oder Prinzregent Luitpold oder Kronprinz Rupprecht näherstehen als Kurt Eisner mir seinerzeit gestanden hat, (Beifall) der das erste Räteregime in München damals nach dem Ende des Ersten Weltkrieges errichtet hat. Meine Damen und Herren! Was hat die bayerische SPD - wobei das Wort "bayrisch" nur

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



mehr eine geographische Bezeichnung ist (Heiterkeit), nicht mehr ein Lebenselement -, was hat die bayerische SPD verkündet? Dieser Staatsakt sei unangebracht, und wenn, müßte man zum mindesten auch einen Staatsakt zum 60. Todestag von Kurt Eisner von seiten der Staatsregierung finanzieren. (Heiterkeit und Widerspruch) Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, in der bayerischen Geschichte, vor allem für unsere ausländischen Gäste, länger herumzustochern. Aber Kurt Eisner war ein Kommunist und hat ein kommunistisches Räteregime begründet. Dieses Regime, meine Damen und Herren, ist von den Truppen der Regierung Friedrich Eberts und Gustav Noskes gestürzt worden. Es war ein sozialdemokratischer Reichskanzler, ein sozialdemokratischer Reichswehrminister, die mit Hilfe der Freikorps - Oberland, Werdenfels und wie sie alle geheißen haben - und mit Hilfe der ersten Reichswehrverbände damals das kommunistische Gewaltregime in München beendet haben. Und in Bayern war damals doch ein Sozialdemokrat Ministerpräsident, der nach Bamberg ausgewichen war, Herr Hoffmann. Heute verlangt die bayerische Sozialdemokratie, daß wir nicht Friedrich Ebert und Gustav Noske - denn die Genossen sind längst in Ungnade gefallen -, nein, daß wir den 60. Todestag von Kurt Eisner als Staatsakt feiern. (Widerspruch) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier kann ich nur sagen, ich stehe Friedrich Ebert und Gustav Noske allerdings viel näher als diesen führenden Sozialdemokraten von heute, die Kurt Eisner gefeiert sehen wollen. (Starker Beifall)

Die Bayerische Staatsregierung hat eine von mir formulierte Erklärung herausgegeben für die Opfer des 17. Juni: Sie seien stellvertretend für alle Deutschen bereit gewesen, für die Grundwerte der Freiheit, der Selbstbestimmung, das Recht des Deutschen Volkes auf seine nationale Einheit Leben und Gesundheit einzusetzen, langjährige Gefängnisstrafen in Kauf zu nehmen. Mit dieser Erklärung, heißt es, löste der Regierungschef Strauß Kritik bei den bayerischen Sozialdemokraten aus. Es mute grotesk an, wenn Strauß Aufrufe, den Gedanken an

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Wiedervereinigung in Freiheit wachzuhalten. Das stehe ihm nicht zu, weil er gegen die Ostverträge gestimmt habe. (Aha! und Widerspruch)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht hier das Thema behandeln, über das ich auch in diesem Kreis bei diesem Anlaß schon oft gesprochen habe, warum wir gegen diese Ostverträge - ich sage ausdrücklich gegen "diese Ostverträge" - waren, sondern ich erlaube mir nur, darauf hinzuweisen, daß Helmut Schmidt im Jahre 1954 gegen den Einbau einer Wehrverfassung in das Grundgesetz namentlich gestimmt hat, ein Jahr später gegen den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO. Nach diesen Maßstäben dürfte Helmut Schmidt sich mit der Bundeswehr oder der NATO überhaupt nicht mehr identifizieren, nur mit dem Unterschied, daß Bundeswehr und NATO identisch sind mit Sicherheit für Deutschland, mit Sicherheit für die Bundesrepublik, daß aber diese Ostverträge nicht identisch sind mit Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit; (Starker Beifall) ich erlaube mir nur den großen Denker Helmut Schmidt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da kämpft auf seiten des Helmut Schmidt ein Filmregisseur - nun, heute haben wir ja den Film "Der Gegenkandidat" gesehen (Heiterkeit) -, ein Lieblingskind, ein Protegé Willy Brandts, Herr Schlöndorff. Wer ist denn dieser Filmregisseur? Er ist laut Urteil des Oberlandesgerichts München einer der Hauptinformationsstrategen der Bader-Meinhof-Bande, der "Rote-Armee-Fraktion" (Pfui!). So können Sie nachlesen in dem Urteil von 1978, als Günther Müller den Prozeß gegen Schlöndorff haushoch gewonnen hat. Wer ist denn dieser Herr Schlöndorff? Er gehört dem Beirat des Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten an. Unser Freund Helmut Kohl hat sicherlich noch in Erinnerung, was dieser Nachrichtendienst während der grausamen Periode des Martyriums von Schleyer für eine Rolle gespielt hat. Das ist der Regisseur des Films "Der Kandidat",

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



und es ist ein Skandal, daß wir zuwenig aufpassen. Wir haben die Mehrheit im Bundesrat, aber die Filmbewertungsstelle der Länder ist überwiegend mit Roten besetzt, und die haben diesem Hetzfilm das Prädikat "Besonders wertvoll" verliehen. (Pfui! und Widerspruch) Nicht, meine Damen und Herren, daß mich dieser Film trifft, tiefer hängen! Oder: Ich habe einmal einen groben Kommentar riskiert, als ich auf solche Angriffe eine Antwort gab, die gebe ich auch heute wieder. Wenn mich einer fragt, wie fühlen Sie sich denn, wenn Ihr Buckel verdroschen wird, sage ich, da reicht die Aufnahme nicht aus, die Antwort liegt etwas südlich dieser Landschaft bei mir. (Heiterkeit)

Wie ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Literaturwissenschaftler, der die freiheitlich-demokratische Grundordnung als FDGO - so wie DAK, Deutsche Angestellten-Krankenkasse - lächerlich macht, der sie als Panzerfaust des Staates bezeichnet hat - meine Damen und Herren, es kann jeder spinnen, wie er will, dafür haben wir Münchner und gerade wir Schwabinger durchaus Verständnis -, wenn aber bei solchen pseudowissenschaftlichen Spinnereien die Delegierten des SPD-Parteitages vor Vergnügen sich auf die Schenkel schlagen, auf dem Boden trampeln und Helmut Schmidt im Chor lautstark mitmacht, dann ist etwas nicht in Ordnung bei dieser SPD, und deshalb muß dieser Staat vor der SPD geschützt werden. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt doch kaum einen Zweifel, die Sicherheitsdienste wissen es doch, daß die Zahl kommunistischer und kryptokommunistischer Organisationen mit ihrer Kampagne, die natürlich eine Mischung dessen ist, was man bei Göbbels lernen konnte, und dessen, was von Moskau aus praktiziert wird, daß diese Organisationen von der "DDR" finanziert werden, großenteils von dem Geld, das die Bundesrepublik für die Zersetzung ihrer eigenen gesell-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



schaftlichen Ordnung an die "DDR" zahlt. (Starker Beifall) Es gibt doch keinen Zweifel, meine Damen und Herren, daß auch der KGB hier kräftig mitmischt.

Es ist doch auch kein Zweifel, meine Damen und Herren, daß durch die Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau, nachdem er zuerst das Deutsche Volk in Kriegsfurcht gestürzt hat, damit er als Friedensstifter erscheinen soll, aus wahlpolitischen Gründen erfolgt ist, und daß er ohne Rücksicht auf psychologische Verluste bei unseren Verbündeten oder in Washington diese Einladung aus wahlpolitischen Gründen annehmen will. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Gegen uns sind die marxistischen Rattenfänger - ob sie alt- oder neumarxistisch sind, ist völlig gleichgültig, es gibt keinen Neumarxisten, die stammen alle aus der Steinzeit -, gegen uns sind die Propheten der Konfliktstrategie, gegen uns sind die kleinen und großen Apostel der Kulturrevolution, gegen uns sind die selbsternannten Großinquisitoren einer linken Moral, gegen uns ist die unheilige Allianz linker Sozialisten, offener und versteckter Kommunisten, die politische Unterwelt, die pseudoliterarische Subkultur utopischer Schwärmer und charakterloser Opportunisten. Das, meine Damen und Herren, ist die Front, der wir gegenüberstehen. Wir kämpfen für eine Politik der geschichtlichen Erfahrung, für eine Politik der an der Wirklichkeit orientierten Vernunft, nicht zuletzt für eine Politik der individuellen Freiheit. Wir hängen nicht an dem, was gestern war, aber wir stehen für das, was immer gilt, und wir machen Politik ~~als~~ aus einem Geiste, der immer gültig ist.

Und zu diesem Geiste gehört Frieden und Freiheit. So haben wir in unserem Wahlprogramm - in der Sache richtig, in der Gedankenführung logisch - die Prioritäten herausgestellt, ich brauche sie nicht im einzelnen zu erläutern. Ich kann mich mit dem Stichwort begnügen: 1. Sicherung des Friedens

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion/Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



und der Freiheit. Ohne Frieden in Freiheit sind alle weiteren politischen Errungenschaften weitgehend gegenstandslos. Frieden und Freiheit sind die obersten Güter unseres Volkes. Wir vergessen auch den anderen Teil Europas nicht. Ich lehne, das gilt für alle unsere Freunde in der Union, Gewaltanwendung als Mittel der Politik bedingungslos ab. (Beifall) Ich habe mich immer mit aller Eindeutigkeit dagegen gewandt, daß unsere politischen Ziele, auch die Einheit Deutschlands, die Freiheit aller Europäer, mit Gewalt verfolgt werden sollen. Der Begriff Gewalt muß aus der europäischen Wirklichkeit einmal verschwunden sein und verschwunden bleiben. (Beifall) Wir kämpfen mit den Waffen des Geistes, mit den Waffen der Psychologie, mit den Waffen der Wirtschaft, den Waffen der Diplomatie. Wir kämpfen nicht, meine Damen und Herren, mit Hilfe von Befreiungsbewegungen, die von der SPD finanziert, unterstützt und gehätschelt werden, wenn sie sich um die Freiheit in anderen Kontinenten Gedanken machen, aber nicht um die Freiheit in Deutschland und in Europa. (Beifall) Ich möchte es hier noch einmal sagen, um nicht mißverstanden zu werden: Ich wäre auch ein entschiedener Gegner von gewaltsamen Befreiungsbewegungen in Europa, ein entschiedener Gegner. Denn das, was Unschuldigen an Greueln zugefügt wird, kann nicht etwa durch das ideale Ziel gerechtfertigt werden. Ich bin ein Verantwortungspazifist, aber kein Gesinnungspazifist (Beifall), ein Verantwortungspazifist, der allerdings bereit ist, die eigene Freiheit gegen Gefahren von innen oder von außen, notfalls auch mit der Waffe in der Hand, zu verteidigen. Das ist der Verantwortungspazifist.

Wir haben als zweite Priorität die Sicherung der Versorgung unseres Volkes und besonders unserer Wirtschaft mit Energie und Rohstoffen in ausreichender Menge und zu bezahlbaren Preisen. Wer, meine Damen und Herren, die destabilisierende Wirkung einer langfristigen Arbeitslosigkeit in seiner Jugend

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



kennengelernt hat, ich hier in meiner Heimatstadt München, der weiß, wie hier soziale Destabilisierung politische Radikalisierung und dann Machtübernahme durch radikale Elemente, durch radikale Diktatoren, ob rechts oder links ist völlig gleichgültig, bedeuten.

Meine Damen und Herren! Eine Nomadenkultur, kann man nicht destabilisieren, die kann man nur mit den Mitteln moderner Vernichtungstechnik zerschlagen, wie es in Afghanistan geschieht. Eine hochentwickelte Industriekultur braucht nicht zerschlagen zu werden, man braucht sie nur ihrer Funktionsfähigkeit zu berauben, und das geschieht, wenn ihr in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft Energie und Rohstoffe nicht mehr in ausreichender Menge zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stehen.

Deshalb betonen wir als dritte Priorität eine funktionierende soziale Marktwirtschaft, auch als Voraussetzung einer verantwortungsbewußten und maßgeschneiderten Sozialpolitik in einer realistischen Umweltpolitik. Wir sprechen uns dagegen aus, meine Damen und Herren, die Sozialpolitik aus dem Zusammenhang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der finanziellen Verkraftungsfähigkeit entlassen zu wollen. Die Finanzierbarkeit unserer sozialpolitischen Ziele kann kein Eigenleben führen. Darum sind wir ja für Marktwirtschaft auf hohem Beschäftigungsstand, mit hoher Produktivität und starkem Produktivitätszuwachs, weil wir nur daraus das Geld bekommen, ein wertbeständiges Geld bekommen, um unsere sozialpolitischen Ziele finanzieren zu können.

Darum, meine Damen und Herren, haben wir als vierte Priorität eine solide Finanzpolitik. Ihre vorrangigen Ziele sind stabiler Geldwert, Kampf gegen Inflation, Wiederherstellung eines vernünftigen Verhältnisses des Verschuldungsniveaus zum Bruttosozialprodukt und Rückführung der Staatsquote auf

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



ein vernünftiges Maß. Es war der bürgerliche "Macher" Helmut Schmidt - die meiste Ironie wird nicht verstanden, drum sage ich ausdrücklich in Anführungszeichen -, der als Chef der Langzeitkommission der SPD gefordert hat, daß bis zum Jahre 1985 der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt auf 45 Prozent steigen sollte. Der Kanzler Schmidt hat dieses Ziel schon im Jahre 1978 erreicht, aber er hat bei 45 Prozent nicht Halt gemacht, er ist auf 48 Prozent vorgestoßen und nur unter unserem Druck kamen die Steuerentlastungsgesetze, so daß wir jetzt bei 47 Prozent Staatsquote stehen.

Nächste Priorität ist eine vernünftige und realistische Sozialpolitik, bei der die Förderung der Familie, die Sicherung der Renten, die Versorgung der Kriegsopfer und neue Zukunftsperspektiven für die Jugend im Vordergrund stehen. Das ist unsere Gesellschaftspolitik.

Die sechste Priorität ist die innere Sicherheit. Wir haben, meine Damen und Herren, eine falsche Wertordnung in dieser Bundesrepublik von oben her erfahren. Unser Verständnis und unser Mitleid muß in erster Linie dem Opfer der Verbrechen und nicht dem Verbrecher gelten. (Beifall) Polizei und Justiz sind keine Resozialisierungsingenieure, sondern sie haben in erster Linie die Aufgabe, den Bürger vor echten Missetätern, echten Gewalttätern zu schützen.

Ich nenne hier, meine Damen und Herren, den Kampf gegen Bürokratisierung und Reglementierung gleich in einem Atemzug. Ich habe kein Verständnis dafür, daß der kleine Mann, wenn er falsch parkt, wenn er eine Fensterdaube ohne Erlaubnis an seinem Haus anbringt, mit der ganzen zermalmenden Wucht der Bürokratie und ihrer Sanktionsmaschine erfaßt wird, während alles vor Verständnis überquillt, wenn es um die großen Verbrecher geht, die dann angeblich milieugeschädigt sind. (Starker Beifall) Das sind unsere Prioritäten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Lassen Sie mich im zweiten Teil meiner Ausführungen dazu einige erläuternde Bemerkungen machen. Friede in Freiheit oder Friede durch Kapitulation? Da sagt mancher, sieht denn der Strauß nicht schwarz, sagen manche eigenen Leute; andere sagen, das ist doch demagogische Schwarzmalerei. Meine Damen und Herren! Wer im Wahlkampf 1969 - und wir haben es getan - der SPD vorwarf, sie betreibe die staatsrechtliche Anerkennung der "DDR", der ist damals der Verleumdung und der Hetze bezichtigt worden. Aber im Oktober, wenige Wochen später, hat die Regierung Brandt diesen Schritt vollzogen. Aber man durfte es ihr vorher nicht sagen. Meine Damen und Herren! Was unterscheidet unter anderm den Osten und Westen? Ich sage es etwas wertneutral: Die kommunistischen Planungsstrategen verfügen über einen langen Atem und sie haben säkulare Ziele, sie setzen psychologische Prozesse in Gang, bei deren Beginn das angestrebte Ziel geleugnet wird, dementiert wird, von niemandem geglaubt wird, und die, die es rechtzeitig sehen, werden als Hetzer, Verleumder und Demagogen diffamiert. Aber in zehn, zwanzig, dreißig Jahren erreichen sie dieses Ziel. Es wäre doch in den fünfziger, sechziger Jahren undenkbar gewesen, deutsche Rechtspositionen aufzugeben, es wäre undenkbar gewesen. Aber die Sowjetunion hat mit Hilfe der Ostpolitik der Bundesregierung ihre großen strategischen Ziele, wie sie in der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Karlsbad im Jahre 1967 formuliert worden sind, erreicht. Die Geburtshelfer waren die italienischen Kommunisten, mit denen die damals mit uns in Koalition befindliche SPD hinter unserem Rücken über den radikalen Bruch in der bisherigen Gemeinsamkeit der Deutschlandpolitik verhandelt hat. Wer das erlebt hat, und ich habe es an vorderster Front erlebt; ich habe noch in Erinnerung, als ich aufgrund einer mir zufällig zugegangenen Information den damaligen Bundeskanzler Kiesinger informierte und ihm sagte, gib obacht, da bahnt sich etwas an, Wissen Sie, was seine erste Reaktion war? Das sind Legenden - so Kiesinger, ein großartiger Politiker -, Franz Josef, das ist verrückt, du

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



spinnst, das ist unmöglich, was du sagst, daß der Koalitionspartner mit italienischen Kommunisten hinter unserem Rücken über einen Bruch in der gemeinsamen Deutschlandpolitik verhandelt! Meine Damen und Herren! Hätten wir die Deutschlandpolitik gemeinsam gemacht, Regierung und spätere Opposition, dann wäre was anderes herausgekommen als dieses Pfuschwerk der Verträge, die wir halten müssen und halten werden, so schwierig es ist. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Der Westen denkt vom Tellerrand eines Wahlkampfes zum Tellerrand eines nächsten Wahlkampfes. Der Westen hat keine langfristige Strategie, hat keine langfristige Planung, keine säkulare, keine globale Planung. Das gehört eben nicht zu den Eigenarten liberaler, bürgerlicher und freiheitlicher Demokratien, daß sie große strategische Planungen haben. Die wollen leben, wie wir auch, meine Damen und Herren, und wenn alle nur leben wollten, gut zusammenleben wollten, wäre die Erde schöner. Aber wir sind leider dem brutalen Machtwillen einer Großmacht ausgesetzt und wir leben an einer Nahtstelle, und daher steht für uns Frieden in Freiheit oder Frieden durch Kapitulation zur Diskussion.

Meine Damen und Herren! Was sind denn die Ziele der Sowjetunion? Ich beschimpfe nicht Herrn Breschnew, ich setze ihn nicht herunter, Herr Breschnew ist ein hochleistungsfähiger, begabter Staatsmann, er hat nur einen anderen moralischen Violinschlüssel, als wir haben. Das soll man zur Kenntnis nehmen. Was sind die Ziele der Sowjetunion? Es gibt ein kurzfristiges, ein mittelfristiges und ein langfristiges Ziel. Das kurzfristige Ziel ist, den Brüsseler Nachrüstungsbeschluß vom Dezember letzten Jahres zu Fall zu bringen. Ich möchte hier nicht die militärtechnischen Einzelheiten bringen, weil die Zeit dafür zu weit fortgeschritten ist. Aber daß dieser Nachrüstungsbeschluß zu Fall gebracht wird, das ist das Ziel der Sowjetunion, und hier sieht sie in Bonn einen geeigneten Ansatzpunkt in ihren Verbündeten, den Linkssoziali-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



sten, in den linken Gruppen der SPD und einem opportunistischen Kanzler, dem der Wahlsieg mehr gilt als die Sicherheit in unserem Lande, (Beifall) und der deshalb auch schon Signale übersandt hat; die Signale waren vorher durch Herrn Wehners Emissär in Moskau verabredet worden, das Signal der Aufweichung des Dezember-Beschlusses.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn, und damit komme ich zum mittelfristigen Ziel, dieser Stationierungsbeschluß fällt - es gibt eine einzige Ausnahme, an die glaube ich leider nicht; die einzige Ausnahme wäre, daß beide Seiten die Mittelstreckenraketen zu beiden Seiten auf null reduzieren, das heißt der Westen überhaupt nicht aufstellt, wenn der Osten die bisher aufgestellten außer Dienst stellt und vernichtet, und das unter glaubwürdiger Verifikation; es spricht nichts dafür, genauso wenig wie für den Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan, dafür spricht nichts außer den Illusionen derer, die einen Bindfaden im Fernrohr für einen Silberstreifen am Horizont halten -, wenn, meine Damen und Herren, der Osten allein über Mittelstreckenraketen verfügt, ändern sich die Sicherheitsinteressen der Amerikaner und der Europäer; sie gehen in unterschiedliche Rihhtungen, und dann ist die mittelfristige Zielsetzung der Sowjetunion die Abkoppelung der europäischen Sicherheitsprobleme von den amerikanischen Sicherheitsproblemen erreicht; dann, meine Damen und Herren, ist es kein allzu großer Schritt mehr bis zum langfristigen Ziel, nämlich der Selbstneutralisierung Westeuropas und vor allem der Bundesrepublik Deutschland. Ob das NATO-Bündnis dann formal noch besteht oder nicht mehr besteht, ist dann fast gleich. Es kann ruhig formell noch weiterbestehen, es braucht nicht formell aufgelöst zu werden, es hat seine Funktionsfähigkeit, seine innere Kraft dann verloren.

Das sind die Ziele der Sowjetunion, meine Damen und Herren. Aber wer das sagt, ist ein Feind der Freiheit, ~~ist ein Feind~~

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



~~der Freiheit~~, ist ein Feind des Friedens, ein Feind der Demokratie, des Fortschritts, ein Hetzer, ein Kriegshetzer, ein Friedensstörer, ein Entspannungsgegner und wie das ganze Lexikon der satanisch-diabolischen Diffamierung heißt, das nicht nur/ich in diesen Tagen, sondern ebenso viele andere noch kennenlernen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich wollen wir die Politik der Entspannung. Es fragt sich nur, meine Damen und Herren, was wir unter Entspannung verstehen. Wer gemeint hat, daß Entspannung das Ende des Konflikts bedeutet, der weiß nicht, daß die Begriffe Koexistenz, Entspannung, Abrüstung, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung strategische Waffen im Dienste der psychologischen Kriegführung der Sowjetunion sind. (Beifall) Natürlich, meine Damen und Herren, sollen wir verhandeln, aber wir sollen nicht verhandeln in dem Glauben, daß damit der Konflikt zu Ende ist. Wir sollen verhandeln, zäh ringen, auch um Abrüstung, aber im Wissen, daß Entspannung, Koexistenz und Abrüstung in der psychologischen Kriegführung der Sowjetunion ein wesentlicher Bereich sind und zur geistigen, seelisch-moralischen Lähmung der anderen Seite führen sollen. Wer das weiß, der kann sich an den Verhandlungstisch setzen mit den Kommunisten, und darum müssen die Sozialisten weg, weil sie es nicht wissen; wir müssen uns hinsetzen, um vernünftig zu reden. (Beifall)

Meine Damen und Herren, Entspannung ist ein Grundsatz, aber kein Dogma, ist eine realistische Zielsetzung, darf aber nicht zum blinden Wahn werden, Entspannung ist ein Mittel zum Zweck, aber nicht Selbstzweck. Entspannung, meine Damen und Herren, ist eine Staatsraison für uns, aber nicht eine Psychotherapie. Wir sagen, meine Damen und Herren, daß die Entspannung unteilbar ist, darum wird sie auch zeitweise zurückgeschraubt werden müssen. Wenn wer sagt, sie darf nie zurückgeschraubt werden, der muß sie dann teilbar machen. Und wer sie

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



teilbar macht, wer glaubt, daß die Sicherheit des Mittleren Ostens mit unserer Sicherheit nichts zu tun habe - ich sage es jetzt einmal ganz humorvoll -, der sollte lieber beim Obletter, diesem Spielzeugwarenladen in München, sich einen Sandkasten bestellen und da in Pension dann diesem Hobby nachgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hat mir ein Wort in meiner Berliner Rede vorgeworfen, unter Weglassung eines wichtigen Adverbs zitiert. Der Satz hieß:"Wir haben ja gewarnt vor dieser Politik. Wäre die CDU/CSU an der Macht gewesen mit einem intakten Bündnis im Westen, die Russen wären nicht in Afghanistan einmarschiert." Ich habe weiter gesagt, die Linken ermutigen die Russen zu immer neuen Krisen, weil die Linken immer wieder Verständnis für die Interessenlage der Sowjetunion aufzeigen und um Verständnis und Sympathie für sie werben. Meine Damen und Herren! Hätte der Westen die siebziger Jahre nicht verschlafen, hätte man nicht Äthiopien und Angola den Russen, den "DDR"-Soldaten und den Kubanern überlassen, dann wären die Russen nicht in Afghanistan einmarschiert. Hier ist doch eine logische Kette der Ereignisse. (Starker Beifall)

Entspannung sollte also, meine Damen und Herren, ein Abbau grundlegender Gegensätze sein. Ist es das geworden? Oh nein! Eine Herausstellung gemeinsamer Interessen und Gefahren bis zu einem gewissen Grade. Entspannung kann nicht gedeihen ohne Gleichgewicht der Kräfte, man kann vielleicht in Einzelfragen nach hartem Ringen Einigkeit erreichen. Aber, meine Damen und Herren, in dem Jahrzehnt der Entspannung ist das sowjetische Militärpotential stärker gewachsen als je in der Vergangenheit seit der Umstellung von konventionellen auf nukleare Waffen mit besonderer Herauskehrung der Offensivkomponenten. Ich brauche darüber nicht in Einzelheiten zu reden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jede momentane

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Willensschwäche des Westens ermutigt den Gegner, begünstigt seine Hegemonietendenzen, schädigt die Entspannung, ist gegen die Entspannung. Meine Damen und Herren! Ein Sieg des Kommunismus mit dem Hintergrund der Macht der Sowjetunion ist auch ohne bewaffneten Konflikt möglich. Eines ist allerdings trostvoll: Die Sowjets wollen keinen bewaffneten Konflikt in Europa. Sie haben davor mindestens genau so Angst wie wir; wir haben beide Grund, Angst zu haben davor. Darum ist die Einschüchterungskampagne des Bundeskanzlers, wir befinden uns im Jahre 1914, die Alternative hieße Frieden oder Krieg, nichts anderes als eine auf bodenloser Geschichtsunkenntnis beruhende demagogische Seelenmassage zugunsten des eigenen Wahlerfolgs. (Starker Beifall)

Wir sollten wissen, daß Entspannung bedeutet Fortführung des Klassenkampfes mit anderen Mitteln, auch die Unterstützung lokaler Kriege und Unterstützung von sog. Freiheitsbewegungen; Entspannung bedeutet auch Einschläferung der anderen Seite. Nicht zuletzt ist die Entspannungspolitik darauf gerichtet, die westliche Einigkeit zu Fall zu bringen, das NATO-Bündnis zur Auflösung zu bringen, die sowjetische Dominanz in Europa sicherzustellen, damit die Möglichkeit gegeben ist, in das Vakuum nachzustoßen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die westliche Entspannungspolitik ist interessiert nicht an einer gewaltsamen Änderung, sondern Aufrechterhaltung des bestehenden Staatensystems, Wahrung der eigenen Sicherheit, Achtung der bestehenden Einflußsphären. Wir haben ein offensives Element darin, das ist die Menschenrechtspolitik. Das Problem des Westens ist seine innere Einigkeit, der Führungswille, leider auch die manchmal zutage tretende Inkonsequenz der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Westen leidet oft unter einer Überbewertung der Innenpolitik und vergißt, daß eine erfolgreiche Außenpolitik überhaupt erst den Rahmen und die Grundlage für eine demokratische, erfolgreiche Innenpolitik gibt. Wir müssen eine Außen-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



politik der Diskretion, der Sachlichkeit, der Berechenbarkeit, der Langfristigkeit, der geschichtlich-geographischen Nüchternheit führen. Der Osten, meine Damen und Herren, hat andere Probleme: Probleme der inneren Währung, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, des Ringens der Menschen nach mehr Selbständigkeit, mehr Handlungsfreiheit, die doppelte Rolle des Euro-Kommunismus und nicht zuletzt die mangelnde Flexibilität der Führung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es gehört, daß der Friede sicherer geworden ist, das haben wir gehört jetzt 4000 Tage. Am Ende der 4000 Tage verkünden die Architekten dieser Politik, Brandt und Schmidt, daß wir uns im Jahre 1914 befinden würden. Meine Damen und Herren! An sich müßte sich das von selber richten. Aber wir befinden uns gar nicht im Jahre 1914. Im Jahre 1914, meine Damen und Herren, wußte niemand, was die Großmächte eigentlich wollen; nicht einmal die Deutschen wußten es selber. Siehe die wirre Geschichte der Monate Juli, August 1914. Im Jahre 1914, meine Damen und Herren, wußte niemand, welche Dimension ein Krieg annehmen würde. Man hielt den Krieg für ein kontrollierbares Element der Auseinandersetzung. Die Warnungen Moltkes des Älteren in seiner dramatischen Reichstagsrede waren vergessen, wo er vor dem großen Krieg warnte, der mit den Mitteln der modernen, von der Industrie gelieferten Massenvernichtungstechnik sich der Kontrolle durch die Politik entziehen würde; so ist es ja geschehen im Ersten Weltkrieg.

Meine Damen und Herren! Heute wissen wir das alles. Wir wissen, was die Sowjetunion will, wir wissen, was die moderne Waffentechnik bedeutet, und gerade deshalb, meine Damen und Herren, ist der Vergleich mit 1914 falsch. Aber, natürlich mit den bei Vergleichen üblichen Änderungen, ist der Vergleich mit 1938 angebracht. Hätte man 1938, meine Damen und Herren, Hitler endgültig in die Grenzen gewiesen, der Zweite

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Weltkrieg wäre uns und wäre unseren Nachbarn in der Welt erspart geblieben. (Beifall) Die Frage ist nicht "lieber rot als tot", eine so eingängige und bequeme Formulierung, die auch menschlich sehr ansprechend und verführerisch ist, sondern die Frage ist, ob wir erst rot werden sollen, und dann im Dienste der Sowjetunion auf den Schlachtfeldern der Welt gegen die Amerikaner kämpfen und fallen sollen. Das ist doch die Rolle, meine Damen und Herren, die uns zugewiesen wird. Mag mancher meinen, na, der Strauß übertreibt, das ist eine Kassandra, das ist Zukunftsvision: Nein, meine Damen und Herren, der Friede kann nur erhalten werden durch ein funktionsfähiges, von Amerika auch nuklear abgesichertes Bündnis, und an dem wollen wir festhalten. (Starker Beifall)

Meine Damen und Herren! Es ist enthüllend, wenn wenige Tage nach dem Einmarsch in Afghanistan die "Prawda" am 16. Januar 1980 verkündet, ich zitiere den Satz: "Die Bonner Koalition verknüpfte ihr Schicksal bei der bevorstehenden Bundestagswahl mit der seit zehn Jahren andauernden Entspannungspolitik in Europa." Das heißt, man nimmt das Mittel der Publikumstäuschung, einer romantisch-sozialistischen Entspannungspolitik als Mittel der Wahlkampfstrategie. Aber das steht in Widerspruch zu den Interessen des Deutschen Volkes. Eine romantisch-sozialistische Entspannungspolitik, die darauf beruht, meine Damen und Herren, dem Kreml dieselbe moralisch-geistige Wertordnung zu unterstellen, wie sie im Westen selbstverständlich ist. Darin liegt der große Fehler, genauso wie Afrikaner nicht Europäer mit schwarzer Hautfarbe sind, sondern Menschen eines anderen Kulturkreises, vor Gott und den Menschen genau so viel wert wie wir Weißen oder die Farbigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie aber das Zitat aus der "Prawda" lesen und dann wenige Monate später im Radio "Frieden und Fortschritt" in Moskau hören, dann heißt es dort: "Heute, in einer Zeit der Verschärfung der interna-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP.

ACSP, PT19800620-9



tionalen Lage ist es besonders wichtig, den gleichen Weg zu gehen, der in den siebziger Jahren erfolgreich begonnen wurde." Die "Prawda" schreibt, die Koalition hat ihr Schicksal mit der Entspannungspolitik verbunden, und Radio Moskau sagt in "Frieden und Fortschritt", deshalb muß dieser Weg weitergegangen werden.

Meine Damen und Herren! Diese falsche Politik der Entspannung hat die geistige, aber auch politische Operationsfreiheit des Westens erheblich eingeschränkt und zum Teil gelähmt. Jetzt ist es Zeit, wieder zu einer realistischen Entspannungspolitik, einer echten Entspannungspolitik, einer historisch fundierten Entspannungspolitik, einer Entspannungspolitik, bei der man sich über das Wesen der andern Seite keinen Illusionen hingibt, wieder zurückzukehren, nicht mehr und nicht weniger. (Starker Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Inhalt der Entspannung kann nicht von einer Seite diktiert werden. Die seit Jahren anhaltende Aufstellung sowjetischer Mittelstreckenraketen, die ganz Europa bedrohen, ist ein entspannungsfeindlicher Akt gewesen, und der Nachrüstungsbeschluß der NATO wird jetzt von denen, die das Problem verursacht haben, als Quelle der Spannung diffamiert. Dabei hat der Westen ja nur nachgezogen mit dem, was die Sowjetunion schon seit einigen Jahren konsequent durchführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Entspannungspolitik kann nur funktionieren bei Verteidigungsbereitschaft im Zeichen militärischen Gleichgewichts, und Entspannungspolitik ist geographisch unteilbar. Es kann nicht bei uns Entspannung sein, wenn anderswo ganze Stämme oder ganze Länder mit den brutalsten Mitteln moderner Massenvernichtungstechnik unterjocht oder physisch ausgerottet werden. (Starker Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns Seidel Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, ich sage es ohne Kommentar, zu analysieren, was der Einmarsch in Afghanistan bedeutet. Das ist doch kein Dummer-Jungen-Streich der Sowjetunion gewesen, das ist doch nicht so, als ob ein paar Lausbuben eine Fensterscheibe eingeschossen und Angst hätten, dafür zur Ordnung gerufen zu werden, sondern ein ganz wohl vorbereiteter, durch die Entwicklung der siebziger Jahre erleichterter, längst geplanter, im Oktober beschlossener und als logisch-konsequenter Schritt in der Architektur einer säkularen Machtpolitik durchgeführt. Diese Machtpolitik, meine Damen und Herren, hat keinen Kalender, den Kalender schreibt der Westen. Wenn der Westen schläft, kommt die Stunde, in der wieder zugegriffen werden kann.

Meine Damen und Herren! Was bedeutet Afghanistan? Erstens die militärische Kontrolle über ein strategisches Schlüsselland der Weltgeschichte, von den Armeen Alexander d.Großen, die über den Khyber-Paß gezogen sind, bis zu dem großen russisch-englischen Gegensatz damals am Khyber-Paß; die Engländer sind verschwunden, die Russen sind vorgestoßen. Es bedeutet zweitens, meine Damen und Herren, die Einschüchterung Pakistans, es bedeutet die halbe Einkreisung des Iran. Die Amerikaner würden noch nicht ein Landungsboot an Land gebracht haben, stehen die Russen mit ihren Truppen schon im Iran, um die Teile wegzunehmen, die sie früher schon einmal hatten, Aserbeidschan und vielleicht noch weitere Teile. Es bedeutet viertens eine Warnung an die Volksrepublik China, bedeutet wachsenden Einfluß auf Indien, bedeutet eine Nähe von 500 km zum Indischen Ozean, zum warmen Ozean, in Reichweite der Panzer und der taktischen Luftwaffe. Es bedeutet die Destabilisierung der arabischen Halbinsel, die hier jetzt in die Zange genommen wird durch Druck im Norden und durch die Aufrüstung vom Südjemen her mit Kubanern, mit Honnecker-Soldaten und mit Sowjetrussen, bedeutet, meine Damen und Herren, doch auch den Sturz der monarchisch-feudalistischen Regime und ihren Ersatz durch sozial-revolutionäre Regime. Und die arabische

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Halbinsel ist zufällig nun einmal die Haupterdölquelle der Welt, nicht die einzige, aber die Haupterdölquelle. Es bedeutet, daß Moskau einen zusammenhängenden Krisengürtel vom Norden Afghanistans bis zum Süden Afrikas über das Horn von Afrika hinweg hätte, der Äthiopien, Angola, Mosambik umfaßt. Es bedeutet damit, meine Damen und Herren, eine steigende Kontrolle über die Ereignisse in Afrika, es bedeutet, die Hände auf den Energie- und Rohstoffquellen Europas zu haben. Jetzt werden Sie vielleicht noch mehr verstehen, warum ich vorher als zweite Priorität die Versorgung unserer Völker und unserer Wirtschaften mit Energie und Rohstoffen bezeichnet habe. Wenn diese Rohstoffquellen unserer Verfügbarkeit entzogen werden oder durch politische Ergebenheiten nur von Fall zu Fall noch gesichert sind, ist unsere Sicherheit und unsere innere Freiheit nicht mehr aufrecht zu erhalten. Das sind säkulare Prozesse, aber sehen muß man sie. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Was heißt, die Blockfreien protestieren gegen den Einmarsch in Afghanistan, aber in Wirklichkeit sind sie eingeschüchtert. Die Einwirkung solch brutaler Aktion auf die Psychologie der Blockfreien ist ungeheuer stark. Schließlich, meine Damen und Herren, bedeutet es, daß die Sowjetunion auf der Basis ihres neuen Besitzstandes eine geopolitische Umverteilung der Welt mit Anerkennung des Westens verlangt.

Meine Damen und Herren! Der Einmarsch in Afghanistan hat drei Dinge gezeigt: Die Risikoscheu der Sowjetunion an den Randgebieten ist erheblich geringer geworden. Die Durchführung zeigt eine perfekte militärische Organisation, wie sie in Ungarn und Prag noch nicht vorhanden war; da haben sich noch manche Schwächen des militärischen planwirtschaftlichen Apparats gezeigt. In Afghanistan funktioniert's. Nur der Freiheitswille der Nomadenstämme, der Stämme in den Bergwäldern, in den Bergen, ist so stark, daß die Sowjetunion,

Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



meine Damen und Herren, auch nicht in einem Jahr und zwei Jahren sich durchgesetzt haben wird, und deshalb wird sie bleiben, und sie wird vielleicht sogar noch ihr militärisches Engagement kurzfristig verstärken.

Meine Damen und Herren! Wenn man von den Opfern spricht, die unsere Athleten zu bringen haben, dann möchte ich hier nicht Wahlwerbung treiben und sagen, daß ich ein echter Freund des Sportes bin, aktiv früher und passiv heute, und wir alles tun, um den Sport zu fördern. Aber nun, meine Damen und Herren, das Opfer des Verzichts für die Athleten - oder gar das Opfer des Verzichts für die Sportfunktionäre, einen steuerbezahlten Urlaub in Moskau xx verbringen zu dürfen (Starker Beifall) -, dieses Opfer ist gering, meine Damen und Herren, gegenüber den Leiden und Grausamkeiten, denen die Bevölkerung in Afghanistan täglich bei den mit den Mitteln brutalster Vernichtungstechnik betriebenen Genozidiums-, Völkermordsakten ausgesetzt ist. Wer von Menschenrechten spricht, soll dann auch sagen, daß es nicht eine Verletzung der Menschenrechte ist, wenn man nicht nach Moskau gehen kann, sondern daß es eine Verletzung der Menschenrechte ist, wenn man nach Moskau geht, während die Machtpolitik Moskaus ganze Landstriche und ihre Bevölkerung zermalmt und mit Napalbomben ausrottet. Das ist doch die politische Wirklichkeit. (Starker anhaltender Beifall)

Der Sinn des Vorstoßes in den Mittleren Osten ist doch die Erzielung einer strategischen Überlegenheit über die USA in dieser Region, die weltpolitische Bedeutung hat. Was geht uns Afghanistan an, fragen manche. Meine Damen und Herren! Wir sollten begreifen, daß die Welt von heute dank der Mittel der modernen Technik immer kleiner geworden ist. Es gibt heute für Nachrichtentechnik, Verkehrstechnik und Zerstörungstechnik praktisch keine Grenzen mehr; für Nachrichtentechnik, Verkehrstechnik und Zerstörungstechnik praktisch keine Grenzen

Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



mehr. Und darum geht uns für unsere Sicherheit und unsere Zukunft das, was im Mittleren Osten vor sich geht, auch etwas an. Das heißt nicht, daß wir deutsche Soldaten dort wissen wollen, ich habe mich nie dafür ausgesprochen, aber wir sollen im Bündnis die Lücken ersetzen und füllen, die von den klassischen Seemächten, von den klassischen früheren Weltmächten unter Umständen gerissen werden, wenn sie zur Sicherung unserer Interessen am Persischen Golf in Erscheinung treten. Meine Damen und Herren! Diejenigen, die noch am leichtesten darauf verzichten könnten, wären die Amerikaner. Die können sich energiepolitisch noch innerhalb einer großen Kraftanstrengungsperiode von zehn Jahren weitgehend selbständig machen und sich auch Rohstoffquellen sichern. Wir, meine Damen und Herren, können es nicht.

Deshalb müssen wir Afghanistan unter zwei Gesichtspunkten sehen, einmal unter dem Gesichtspunkt der notleidenden Menschen dort, aber zweitens auch unter dem Gesichtspunkt der machtpolitischen Umklammerung der Europäer und der Amerikaner durch diesen Vorstoß im Mittleren Osten mit Zielrichtung arabische Halbinsel und Afrika. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wehner hat gesagt, die russische Rüstung sei deffensiv. Meine Damen und Herren! Die russische Rüstung kann man nur nach drei Gesichtspunkten beurteilen: 1. Die augenblicklichen Absichten der Führung sind, was Europa und Amerika anbetrifft, mit Sicherheit nicht auf einen Krieg abgestellt, mit Sicherheit nicht. Solange wir glaubhaft machen, daß ein Angriff gegen Europa und Amerika einen Preis verlangt, der durch keinen Gewinn gerechtfertigt wird, leben wir so sicher wie in Abrahams Schoß. Wir können aber nicht diese Sicherheit durch ein von Breschnew unterzeichnetes Dokument ersetzen. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Das zweite Kriterium ist das Potential. Das militärische Potential der Sowjetunion läßt sämtliche militärischen Optionen zu, sämtliche: kleiner Krieg,

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



begrenzter Krieg, größerer Krieg, Nuklearkrieg, weltweiter Krieg, weltweite Präsenz der Hochseeflotte mit starken Angriffskomponenten usw. Das heißt, die Führung, die sicherlich keinen Krieg gegen Europa und Amerika will, hat ein militärisches Instrument, mit dem sie sämtliche Möglichkeiten wahrnehmen kann.

Es kommt ein drittes Kriterium dazu, und das soll man bei uns endlich einmal sehen und sagen, das sind die strategischen Ziele der Sowjetunion, und das sind die großen alten imperialistischen Ziele in Verbindung mit weltrevolutionärer Zielsetzung. Das ist keine Neuigkeit, meine Damen und Herren, keine Beschimpfung, das ist nur das, was in ihrer Literatur steht, womit sie angetreten sind, und je mehr wir es wissen, um so ruhiger und gelassener können wir sein. Das heißt nicht, die Augen schließen, sondern eine Gegenstrategie entwickeln, daß die Sowjetunion ihre Ziele nicht erreichen kann gegen Europa, nicht erreichen kann im Sinne der Weltrevolution; das können wir doch ohne weiteres, das haben wir bisher gekonnt. Nur, in den siebziger Jahren sind die Fundamente brüchiger geworden. Wir können in Ruhe und Sicherheit leben, meine Damen und Herren, aber die strategischen Ziele der Sowjetunion sind darauf ausgerichtet. Sie müssen ihr Ziel nicht erreichen, aber damit, daß wir die Augen schließen, damit, daß wir dem strategischen Gegner eine andere Mentalität unterstellen, eine trügerische Entspannungspolitik zur Selbstbeschwichtigung und Selbsttäuschung betreiben, damit fördern wir die Erreichung dieser strategischen Ziele. Das, meine Damen und Herren, steht auf dem Spiele, und das kann nur durch größere europäische Geschlossenheit und durch Aufrechterhaltung einer funktionierenden Bündnisorganisation der NATO auch für die Zukunft gewährleistet sein. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Meine Damen und Herren! Ich bin ja eigentlich, vor allen Dingen in der amerikanischen politischen Literatur, als der Chef der deutschen Gaullisten bezeichnet worden, nicht eigentlicher als der Anführer der Atlantischen Partei, und ich verhehle nicht, meine Damen und Herren, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit für uns innerhalb der europäischen Zusammenarbeit angesichts der historischen Erfahrungen einen besonders hohen Stellenwert hat, einen hohen Stellenwert; denn wenn die Franzosen und die Deutschen gegeneinander stehen, war es immer eine Katastrophe für Europa, genauso wie es, wenn die Deutschen und die Russen gegeneinander standen, zu einem Krieg oder zu einer Katastrophe für Europa führte. Wir wollen mit den Franzosen engste Zusammenarbeit im Rahmen einer europäischen Gemeinschaft und wir wollen keinen Krieg mit den Russen, aber wir wollen uns auch nicht täuschen lassen von ihnen, bis uns der Teppich von den Füßen weggezogen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber keine europäische Macht ist heute in der Lage, mit ihrem eigenen militärischen Potential, auch wenn es nukleare Elemente einschließt, uns angesichts der Dimensionen der modernen Rüstungstechnik eine glaubwürdige Sicherheit zu geben. Es gibt höchstens eine vorgetäuschte Sicherheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute hat schon jemand von dem Ritual gesprochen, ich darf es einmal humorvoll sagen, es geht immer so an: Wenn ein so brutaler Akt erfolgt, sei es Budapest oder Prag oder Afghanistan, dann heißt es, da müssen Gegenmaßnahmen getroffen werden; so Genscher vielleicht. Dann Helmut Schmidt, ja, aber gemeinsam der Westen. Dann kommt der Brandt und sagt, die Entspannung darf nicht darunter leiden, und dann kommt der Wehner und sagt, deshalb müssen alle Maßnahmen mit der Sowjetunion einvernehmlich geregelt werden. (Heiterkeit und Beifall) Das, meine Damen und

Bestand im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Herren, erleben wir jetzt in anderer Form. Zuerst kommt Empörung, dann der Schrei nach Sanktionen, dann die Warnung vor Überreaktionen, dann Verzicht auf Sanktionen und zum Schluß der Übergang zur Tagesordnung, und nach einem Jahr redet kein Mensch mehr davon. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haben wir vergessen, daß Helmut Schmidt am Jahrestag des Einmarsches der Russen in Prag, am 21. August 1969, als Ehren- und Staatsgast in Moskau sich eingefunden hat? Am 21. August 1968 war die Welt starr vor Schrecken, der Bundestag ist zusammengetreten, feierliche Entschließungen, ein Jahr später war alles vergessen, meine Damen und Herren. Und am Jahrestag ist Helmut Schmidt, damals Fraktionsvorsitzender und für die Zukunft schon als Verteidigungsminister einer sozialdemokratischen Regierung in Aussicht genommen, in Moskau erschienen, eine grobe Instinktlosigkeit. Genauso wie das Spiel Wehner-Selbmann-Helmut Schmidt-Moskau mit der Einladung unter wahlpolitischen Aspekten. (Starker Beifall)

Wir führen keinen Haß gegen das russische Volk, wir wollen keinen Sturz des kommunistischen Regimes mit Waffengewalt. Wir sind keine Kreuzritter und keine Kreuzfahrer, weder in der Vergangenheit noch im Nuklearzeitalter. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen nicht zum Schlaf der Gewöhnung über die afghanischen Ereignisse hinweg übergehen. Wir dürfen nicht mit Stumpfsinnigkeit und Gewöhnung so tun, als ob nichts geschehen wäre; denn einige Jahre später, da oder dort, ist der Nächste dran, meine Damen und Herren, im Zuge der Architektur dieser Machtstrategie. Daher können wir über Afghanistan nicht zur Tagesordnung übergehen, als ob nichts geschehen wäre und als ob nicht auch heute, an diesem Samstag, nicht Hunderte von Menschen von Bomben und Raketen zerfetzt würden, nur weil sie ihre Freiheit verteidigen wollen. Meine Damen und Herren! Ich wäre der erste, der Helmut Schmidt öffentlich

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



lobt, auch wenn es mir wahlpolitisch schaden würde, wenn er zurückkommt mit dem Abzug der russischen Truppen aus einem neutralen Afghanistan, aber nicht weniger. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Die neue Formel heißt Blockfreiheit Afghanistans, aber unter sowjetischer Militärhegemonie. Das ist die Formel, und das ist die Täuschungsformel, auf die wir nicht eingehen dürfen. Genauso wenn Helmut Schmidt zurückkommt, Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs null, der Westen stellt nicht auf nach Abschluß der Produktion, und der Osten verschrottet die seinen, mit Kontrolle, mit Verifikation, wie man es nennt. Aber, meine Damen und Herren, ein Moratorium, bei dem der Osten behält, was er hat, und der Westen verzichtet: Meine Damen und Herren! Die russische Rüstung mit Mittelstreckenraketen ist fast abgeschlossen, es sind 200 Raketen in Dienst gestellt. Jede Rakete hat einen vierfachen Sprengkopf, das heißt 800 Atomsprengköpfe; jeder Atomsprengkopf hat eine Kapazität von 6 bis 7mal Hiroshima, das sind 120 000 Kilo-Bomben, und damit können in einer Reichweite von 5000 Kilometern 800 Ziele physisch vernichtet werden. Stellen Sie sich vor, 800 Hiroshima mal 6 - von der physischen Struktur Europas bleibt nichts mehr übrig, unsere Kultur und Zivilisation wäre am Ende. Wollen die Russen das? Oh nein, meine Damen und Herren. Aber die Russen wissen, daß das die Wirkung wäre, und wenn die Amerikaner dann nur auf ihre strategischen Waffen angewiesen sind, riskieren sie die physische Vernichtung ihres Landes, und aus dem Grund bestehen die Amerikaner auf der Nachrüstung auf europäischem Boden. Wenn die Europäer diese Nachrüstung zu Fall bringen, wie Moskau von Helmut Schmidt erwartet, dann koppeln sich die europäischen Sicherheitsinteressen automatisch von den amerikanischen ab. Damit, meine Damen und Herren, mit dem Verzicht auf die Aufstellung weiterer Raketen ist es bei der fast abgeschlossenen Ausrüstung nicht getan; die Russen könnten sogar ein Drittel davon wieder verschrotten, dann hätten sie

Zur Verfügung gestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



immer noch so viel, um ganz Europa unter einer terroristisch-nuklearen Bedrohung zu halten. Das müssen wir im Auge halten; es tut mir leid, das sagen zu müssen. Aber, meine Damen und Herren, die Zeit der schönen Worte,die Zeit der Selbstgefälligkeit, die Zeit der Selbsttäuschungen müßte endlich einmal am Ende sein, unser Volk muß mit der geschichtlichen Wahrheit und mit den technischen Gegebenheiten vertraut gemacht werden. (Starker Beifall)

Deshalb warnen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Aberglauben, daß die Sowjetunion Afghanistan aufgeben werde. In "Prawda", "Jswestija" hat sie bereits den Vorschlag der Neutralisierung als völlig unrealistisch bezeichnet. Meine Damen und Herren, es geht doch darum, daß in Afghanistan sich kein Regime halten kann, kein marxistisches Regime, ohne massive Unterstützung der Sowjetunion. Wenn aber diese Unterstützung aufhören würde, würde die Sowjetunion erleben, daß ihre Marionetten-Regime - drei sind schon gestürzt, auch das neue würde stürzen, der ist schon wieder am Ende - stürzen würden. Und das würde bedeuten, meine Damen und Herren, daß die ganze sowjetische Geschichtsphilosophie zusammenbricht, nämlich daß der Weg der Geschichte unaufhaltsam zum kommunistischen Endziel geht. Man gebe Afghanistan die Freiheit und Selbstbestimmung genauso wie den anderen Völkern im kommunistischen Machtbereich, und sie werden durch ihre freie politische Entscheidung die Unhaltbarkeit des marxistischen Geschichtsbilds durch ihren Stimmzettel beweisen. (Starker Beifall)

Darum warnen wir, meine Damen und Herren, vor dem da und dort gezüchteten Antiamerikanismus. Wir warnen vor diesen dubiosen Redensarten Helmut Schmidts, daß die amerikanischen und deutschen Interessen eben sehr verschieden seien. Natürlich gibt es Verschiedenheiten, aber die Gemeinsamkeit ist wichtiger,

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



und wenn er sagt, die russischen Panzer stehen 50 km vor Hamburg - in Berlin stehen sie 1 km von der Mauer weg: Wer hält sie denn ab davon, zu marschieren, unser funktionsfähiges Bündnis und das Bewußtsein des Risikos, das mit Recht keiner eingehen will, und wer das Risiko abbaut, der bringt die feindlichen Panzer in Marsch gegen uns. Das muß einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden. (Starker Beifall)

Man vergleiche die jammervolle Rolle Helmut Schmidts in der Olympia-Frage. Meine Damen und Herren! Ist der Brief Bahrs sein eigenes Werk? Die SPD stellt alles auf Wahlsieg ab. Glaubt man, daß der Hauptgeschäftsführer der SPD, der im Bundestag für den Olympia-Boykott stimmt, ohne Wissen des Kanzlers an den Präsidenten des Deutschen Sportbundes schreibt und ihn auffordert, nach Moskau zu den Spielen zu gehen? Ist das nicht die Doppelstrategie der Verneigung vor den Amerikanern und das augenzwinkernde Signal nach Moskau, wir würden ja gern, aber wir können leider nicht. Das, meine Damen und Herren, ist doppelbödige Moral. (Beifall) Wenn Herr Brandt sagt, wir können doch bei allem Respekt vor dem Cowboy aus Texas - dabei kann er Texas und Georgia nicht unterscheiden - doch nicht erwarten, daß er die Probleme des geteilten Deutschlands so beachtet, wie wir es tun: Ja, meine Damen und Herren, wenn der amerikanische Präsident diese Probleme nicht mehr kennt, wir können unsere Sicherheit allein nicht garantieren. Oder welche unerträgliche Arroganz spricht aus der Bemerkung eines Linken in der SPD, Carter kann ruhig Präsident bleiben, sonst muß unser Helmut wieder einen Neuen anlernen. Meine Damen und Herren! Ich empfehle Ihnen, lesen Sie den erschütternden Artikel von Sacharow in einer der jüngsten Ausgaben der "New York Herald Tribune", in dem er vor dem Antiamerikanismus warnt. Ich bin der Letzte, der die Amerikaner vor der eigenen Kritik verschont. Wir haben manchen Grund,da und dort Kritik zu üben. Aber Antiamerikanismus führt zur Vergiftung der Atmosphäre, führt dazu, daß der

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Graben des Atlantik immer tiefer und immer breiter wird. Wenn Kritik, dann konstruktive Kritik, Kritik auch durch eigene Leistung im Bündnis. Wenn Herr Brandt von dem "giftigen Gestammle der Großmächte" redet und damit auch die Amerikaner in erster Linie anspricht, und wenn Helmut Schmidt schulterklopfend in Belgrad Honnecker bei der Beerdigung Titos sagt oder sich sagen läßt von Honnecker, da wollen wir zwei uns doch heraushalten: Meine Damen und Herren, Honnecker ist der Filialleiter der Moskauer Machtzentrale in Ost-Berlin, und er hält sich nicht heraus, sondern will Helmut Schmidt dazu bringen, daß er sich heraushält und dann mit uns hineinrennt. (Starker anhaltender Beifall und Bravo!) Dann, meine Damen und Herren, sagt einer der Prominenten, der SPD-Europaparlamentsabgeordnete Rudi Arndt, die Amerikaner sollten wissen, daß sie diese Haltung, Olympia-Boykott, gegen unsere Überzeugung erzwungen haben; das sagt ein prominenter SPD-Mann.

Wo bleibt die Distanz Helmut Schmidts von Bahr? Der Hauptgeschäftsführer der SPD ist doch nicht ein Ortsverbandsfunktionär in einer Vorstadt, es ist der Hauptgeschäftsführer einer Partei, der die nahtlose Strategie für den Wahlkampf erarbeitet hat. Zu dieser Strategie gehört einerseits, daß man die Amerikaner nicht durch Teilnahme in Moskau offen reizt, andererseits aber den Russen signalisiert, wenn wir könnten, würden wir ja, wir können aber leider nicht, weil die Amerikaner uns zwingen, fernzubleiben. Meine Damen und Herren! Ich halte diese Haltung für opportunistisch, für ungerecht und für feige! (Starker Beifall) Ich wiederhole, was Helmut Kohl im Deutschen Bundestag sagte: Wegen der Amerikaner, aus Freundschaft zu ihnen, oder wegen unserer Abhängigkeit, nein. Aus eigener Überzeugung, aus eigener Abwägung der Umstände, aus eigener moralischer Stärke müssen wir sagen, die Olympischen Spiele haben in dieser Atmosphäre leider keine Berechtigung, das muß unsere deutsche Entscheidung sein. (Starker Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Dann kommt, meine Damen und Herren, das Wort von Helmut Schmidt, die Großmächte haben kein Krisenmanagement, kein Konfliktmanagement. Da brauchen sie ausgerechnet ihn, ausgerechnet ihn, meine Damen und Herren. Wenn er dann sagt, ja, wir haben die Schnauze voll von Gesten der Stärke und markigen Zeichen der Unerschütterlichkeit, und damit auf die Amerikaner anspielt: Meine Damen und Herren! Die Amerikaner haben wahrlich in der Geiselfrage in Teheran wie auch in ihrer Reaktion auf Afghanistan Besonnenheit, Geduld, Langmut und Vernunft und Friedensliebe gezeigt. Aber Helmut Schmidt sagt, er hat die Schnauze voll von Gesten der Stärke. Daß er die Schnauze voll hat, glaube ich schon, schon weil er eine hat und auch so sich anstellt. (Starker Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem Zusammenhang ist die Hamburger Rede Schmidts zu sehen, in der er von dem Moratorium sprach, das der Schlüssel für die Einladung ist, mit dem er zurückzukommen hofft, mit dem Moratorium, wie vorher geschildert. Der Helmut Schmidtsche Vorschlag in der Hamburger Rede hat überhaupt keinen Sinn, wenn er nicht so gemeint ist. Wenn er sagt, drei Jahre kann der Westen sowieso nicht aufstellen, die drei Jahre sollen für Verhandlungen genutzt werden, das ist ja selbstverständlich, das ist Teil des NATO-Beschlusses; er ist doch Mitglied der NATO, ist doch im NATO-Rat, warum treibt er nicht die Verhandlungen mit den Russen über die Abrüstung bei Mittelstreckenraketen voran. Dahinter steckt doch mehr, dahinter steckt doch der Versuch, meine Damen und Herren, die Amerikaner einerseits in Sicherheit zu lullen, andererseits aber der Sowjetunion zu sagen, wir wären bereit, hier entgegenzukommen. Meine Damen und Herren! Diese doppelbödige Politik machen wir nicht mit. Wenn wir ja sagen, sagen wir ja, wenn wir nein sagen, sagen wir nein. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Die wütende Reaktion auf einen harmlosen Nebensatz in einem Artikel der "Frankfurter Allgemeinen

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Zeitung", in dem ihm Aufweichung des eigenen Standpunktes nachgesagt wurde, die wütende Reaktion jetzt heute, das bekanntgewordene Interview in der "Washington Post", gegen den Carter-Brief: Ja, warum schreibt denn der amerikanische Präsident einen Brief und warnt ihn davor? Doch nicht, weil er die Absicht hat, Helmut Schmidt zu beleidigen, oder die Absicht hat, irgendwie die Deutschen in der Öffentlichkeit zurechtzuweisen. Warum veröffentlicht denn die Bundesregierung diesen Brief nicht, warum denn nicht, meine Damen und Herren? (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wer wie Helmut Schmidt gegen die Aufnahme der Wehrverfassung in das Grundgesetz, gegen den Eintritt in die NATO gestimmt hat, der täuscht doch die Wähler, wenn er in Reden sagt, er habe an der Formulierung des Soldatengesetzes mitgewirkt. Meine Damen und Herren! Das Soldatengesetz konnte ja nur erlassen werden, weil die Rechtsgrundlage in der Verfassung gegen Helmut Schmidt und gegen die SPD durch uns, durch FDP plus DP plus BHE, damals, 1954, herbeigeführt worden ist. Ich war dabei, mein Gedächtnis, meine Damen und Herren, wird im Wahlkampf noch eine erhebliche Rolle spielen. (Starker anhaltender Beifall und Bravo!)

Die SPD hat zwei grundlegende Entscheidungen nicht verdaut, nur zeitweise scheinbar übernommen: die Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft als Grundlage auch einer freiheitlichen Ordnung im Innern, und die Entscheidung über den Eintritt in die NATO mit Aufbau der Bundeswehr. Sie tut alles, um schrittweise aus diesen Bindungen wieder herauszukommen. Meine Damen und Herren! Das ist die Schuld nicht des "Machers", sondern des Versagers Helmut Schmidt. (Beifall) Er ist weder Macher noch Manager, er ist Schwimmer und Schweber, er ist weder Stratege noch Friedensstifter, sondern Taktiker und Anpasser, er ist weder Held noch Superman, sondern Heldentenor und Kneifer in allen diesen Fragen. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Da, meine Damen und Herren, die innenpolitischen Themen sowohl durch die vorzüglichen Ansprachen der Ministerpräsidenten als auch durch das ausführliche Referat des Bundesparteivorsitzenden der CDU eingehend gewürdigt worden sind und Sie es sicherlich auch in Ihrem eigenen Interesse begrüßen, verzichte ich auf die Behandlung der Themen; ich könnte nur wiederholen, was von den Ministerpräsidenten oder von Helmut Kohl zu diesen Themen - soziale Marktwirtschaft, Frage der Verschuldung und ihre Folgen, Frage der Inflation usw. - gesagt worden ist. Nur, meine Damen und Herren, übersehen wir nicht, ich möchte das nur als generellen Nenner sagen: Die Politik der letzten zehn Jahre hat das Leistungsvermögen unserer Volkswirtschaft überfordert, hat die Zukunft belastet und hat eine Lage geschaffen, in der in absehbarer Zeit, meine Damen und Herren, Kassensturz und Inventur aller finanziellen Aufgaben und Verpflichtungen für Bund, Länder und Gemeinden unaufhaltsam notwendig werden. Inventur und Kassensturz. (Beifall)

Wir wollen auch nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß die Inflationsrate in der Bundesrepublik nach einem Schlüssel errechnet ist, der nicht mehr der Wirklichkeit entspricht. Hätten wir den Schlüssel, den die Amerikaner zugrundelegen, würde unsere Inflationsrate auch heute bereits mit 12 Prozent berechnet werden. Man soll doch endlich einmal den wahren Korb des Verbrauchs einer modernen Familie so gestalten, daß die Prozentsätze auch eine Aussagekraft haben. Der Statistik glaubt keiner mehr, weil jeder weiß, daß er von Jahr zu Jahr weniger an Kaufkraft hat, weil er doch weiß, daß alle Lohn- und Gehaltserhöhungen minus Steuer- und Abgabenerhöhungen, die ihn treffen, bei weitem nicht den Kaufkraftverlust durch Inflation auszugleichen vermögen. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Hier stehen wir vor einer ungeheuren Aufgabe. Wir sind bereit, diese Aufgabe anzupacken, die Inflation zu bekämpfen, die Staatsverschuldung auf ein vernünf-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



tiges Verhältnis im Vergleich zum Bruttosozialprodukt zurückzuführen, die Staatsquote zu senken. Aber das ist nicht in vier Jahren getan, das ist nicht einmal in acht Jahren getan. Das ist ein langer Weg, meine Damen und Herren, der dauert ein Jahrzehnt und vielleicht länger als ein Jahrzehnt. Aber wir müssen anfangen, den ersten Schritt in der richtigen Richtung zu tun. Wer den ersten Schritt nicht erreicht, der wird nie ans Ziel der Reise kommen. Daher müssen wir anfangen, wieder eine solide Politik zu betreiben, eine seriöse Politik zu betreiben, eine vernunftgemäße Politik zu betreiben, eine an der Wirklichkeit orientierte Politik zu betreiben, nicht eine Politik, die zwischen Utopie und Ideologie, Zukunftsschwätzerei und visionären Phrasen hin- und hergetrieben ist. Meine Damen und Herren! Wir haben uns doch auf allen Gebieten finanziell so festgezurrt, daß wir nicht mehr können, daß wir uns deshalb nur mehr über höhere Verschuldung von Jahr zu Jahr fretten. Wie gut, daß unsere Enkel nicht wissen, daß wir auf ihre Kosten leben. Das ist doch das Fazit dieser Politik, und auch aus dem Grunde ist die Wachablösung nötig.

Lassen Sie mich schließen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Helmut Schmidt hat mir die Fähigkeit abgesprochen, eine Regierung zu führen, weil ich mich nicht selber kontrollieren könne,und damit könne ich auch nicht den Staat kontrollieren. Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen hat der Bundeswirtschaftsminister, der ja jeden Tag seine Freude betont, in dieser Koalition arbeiten zu dürfen, erklärt, und zwar in einem Gespräch mit der "Rheinischen Post", wenn es nach Helmut Schmidt ginge, dann käme die paritätische Mitbestimmung in der ganzen Wirtschaft, die Sozialversicherung würde aufgehoben und durch eine Einheitsversicherung abgelöst werden, die Betriebsrenten würden zugunsten der Einheitsversicherung vom Staat kassiert werden, die Vielfalt der Krankenversicherung würde verschwinden, die Arbeitszeitordnung würde nur nach den Vorstellungen der Gewerkschaften geregelt, in diesem Punkt, so Lambsdorff, sei Helmut Schmidt mit den Linken

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



der SPD völlig einig. Wenn das der Bundeswirtschaftsminister der Regierung Helmut Schmidt sagt, wann werden endlich einmal unsere Bürger begreifen, daß wir nicht Helmut Schmidt rot anzustreichen brauchen, das ist ein Roter, wir brauchen nur die bürgerliche Tarnfarbe abzukratzen, dann kommt zum Vorschein, was er in Wirklichkeit ist. (Starker anhaltender Beifall)

Man versucht, meine Damen und Herren, mit Zitaten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, gegen mich einen psychologischen Verleumdungsfeldzug zu führen. Nun, man kann zum Beispiel auch nachweisen, daß die Bibel die Quelle des Atheismus ist; denn im Alten Testament steht "Es gibt keinen Gott, spricht der Narr", aber wenn man das Wort "spricht der Narr" wegläßt, kann man die Bibel auch dafür heranziehen. Aber wo ist denn die Selbstkontrolle des Herrn Helmut Schmidt, wenn er sagt, "der Alte soll seine Schnauze halten", Adenauer war damit gemeint, "wenn er nicht so alt wäre, hätte ich ihn schon längst geohrfeigt"? Wo ist die Selbstkontrolle des Herrn Helmut Schmidt, wenn er sagt: "Wenn Sie glauben, der Alte hat alle Tassen im Schrank, dann irren Sie, er hat sie nicht im Schrank!" Meine Damen und Herren, zu dem Zeitpunkt hatte Adenauer mehr Tassen im Schrank, als Herr Helmut Schmidt jemals hineinstellen könnte. (Starker, anhaltender Beifall) Er sagte über Adenauer: "Der Bundeskanzler ist ein Mann ohne Anstand", das ist seine stereotype Formulierung zur Verleumdung der Gegner. Das gleiche hat er über mich bei vielen Gelegenheiten gesagt, "Mann ohne Anstand". Er hat die Liquidierung der Großgrundbesitzer verlangt, in dieser unglaublichen Rede damals im Bundestag im März 1958: "Es fällt schwer, bei der Polemik des Herrn von Guttenberg, nicht zu beklagen, daß die Deutschen niemals eine Revolution zustande gebracht haben, die diese Art von Großgrundbesitzern die materielle Grundlage entzogen hätte." Spricht so ein bürgerlicher Demokrat? Am Grabe hat er sich entschuldigt dafür, aber vorher nicht, meine Damen und Herren. Ich war bei beiden Gelegenheiten

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



dabei. Oder wenn er, nach dem glaubwürdigen Zeugnis einer Ersatzbibel, dargestellt durch ein Hamburger Nachrichtenmagazin, gesagt hat, "Deutschland sei für ihn ein Scheißstaat", oder wenn er sagt, "die führenden Briten müßten ersäuft werden", nämlich im Gespräch des britischen Journalisten Peter Jenkel vom Guardian, der nach dem Gespräch mit Schmidt diese Meldung verbreitet hat, oder "die EG-Beamten müssen totgeschlagen werden, die Hälfte von ihnen sollte man einfach totschlagen" - so Schmidt über die Verminderung der unter seiner Verantwortung stark vermehrten Beamten, (Heiterkeit) oder wenn er sagt,"die Schuldigen gehören ins Gefängnis, weil sie uns in eine grauenhafte Situation gebracht haben": Damals, im November 1966, verlangte er, "Erhard ins Gefängnis", meine Damen und Herren, weil wir damals eine kleine Arbeitslosigkeit hatten, kleine atmosphärische Störungen hatten, da schrie Helmut Schmidt: "Erhard ins Gefängnis, er ist der Schuldige". Meine Damen und Herren! So hat er sich ausgedrückt. Laufbahnbeamte sind für ihn "Narren". Als wir damals die moderne Ausrüstung der Bundeswehr einführten, hat er uns "Raketen-Christen" genannt, die den Wohlstand des Volkes in der Rüstung vergeuden. Meine Damen und Herren! Hat dieser Mann sich unter Kontrolle? Hat er das Recht, über andere zu sagen, sie hätten keine Kontrolle über sich. Und das Allerschlimmste ist die Verleumdung, die Union sei friedensunfähig. Wenn er das sagt, hat er keine Kontrolle über sich selber, das ist seine Art, meine Damen und Herren. (Starker,langanhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren! Scheinbare Vornehmheit,staatsbürgerliche Nobelesse, und dahinter kommt die Demagogie des verleumdenden Jacobiners. Wenn er - und das ist jetzt erst vor kurzem gewesen, nicht wie das mit Adenauer vor vielen Jahren - sagt, Carstens sei doch kein typischer Nazi, aber er, Schmidt, hätte einen Vertreter der politischen Mitte vorgezogen, wenn er sagt, Carstens ist vom äußersten rechten Rand, meine Damen und Herren, das ist doch Verleumdung aus dem Munde des Bundeskanzlers. Carstens ist ein Mann der Mitte und war nie

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



ein Nazi! (Beifall) Das, meine Damen und Herren, ist das Empörende an diesem Mann, daß er sagt, na ja, er war nicht, aber ein anderer wäre schon besser gewesen. Ich kenne diese Methode der hinterfotzigen Verleumdung um zwei Ecken herum. Wenn es dafür eine Olympia-Medaille gäbe, müßte Helmut Schmidt sein Reihenhaus anbauen, um die Medaillen alle in seinem Haus unterbringen zu können. (Starker Beifall)

Meine Damen und Herren! Helmut Schmidt gibt sich typisch für eine Politik, weil die verbale Bekundung entweder die eigentliche Absicht tarnt und verschleiert, oder dazu dient, darüber hinwegzutäuschen, daß er das Gegenteil tut. Meine Damen und Herren! Noch in keiner Bundesregierung sind in so kurzer Zeit so viele Gesetze erlassen worden wie unter dieser Bundesregierung. Noch zu keiner Zeit hatten wir, meine Damen und Herren, eine solche Flut von Steuergesetzen, zum Teil unvollziehbaren/Steuer-Gesetzen, zu keiner Zeit hatten wir so viele Steuergesetze, deren Zweck es ist, möglichst viele Bürger zu kriminalisieren. Man sehe einmal an, wie die Zahl der Straffälle gestiegen ist. Daran ist doch nicht der kleine Mann schuld, der dann und wann eine kleine Unkorrektheit begeht in dem Gestrüpp der Bestimmungen. Daran sind die schuld, die das Deutsche Volk einteilen wollen in solche, die hinter dem Schalter stehen, und in die, die vor dem Schalter auf die Gnade derer, die hinter dem Schalter sind, angewiesen sein sollen. (Starker Beifall)

Haben wir nicht jahrelang vor der Asylantenflut gewarnt, wir sind abgespeist worden, lächerlich gemacht worden, sind abgeblitzt. Jetzt/schreit die Regierung Alarm, wir wissen nicht mehr ein und nicht mehr aus. Meine Damen und Herren! Wo bleibt da der Kampf Helmut Schmidts gegen die Reglementierung und Bürokratisierung, gegen diese Flut von Rechtsnormen, gegen diese Lawine von neuen Vorschriften, die für seinen bürokratischen Sozialismus geradezu kennzeichnend sind? Er hat auf allen

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



diesen Gebieten schlechterdings versagt. Er hat entweder getarnt, was er tat oder wollte, oder das Gegenteil von dem gesagt, was er in Wirklichkeit betrieben hat. Meine Damen und Herren! Dieser Mann ist ein Versager, aber er versteht es, durch gleißnerische Worte und eine bürgerliche Maske die Öffentlichkeit über sein Versagen und über dieses Täuschungsmanöver hinwegzuführen und hinwegzutäuschen. Das, meine Damen und Herren, muß in diesem Wahlkampf jetzt ein Ende nehmen. (Starker Beifall)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich hier die Frage abschließend stellen und gleich unsere Absicht bekunden: Sind die Menschen in den siebziger Jahren durch die von den Sozialisten in Gang gesetzte Reformeuphorie, um nicht zu sagen Reformverblendung glücklicher geworden, sind sie heimliger geworden, menschlicher geworden? Je größer Verwaltungseinheiten werden, je größer die administrativen Zentren werden, desto hilfloser, einsamer und desto ungeschützter ist der Bürger trotz des ganzen roten Geschwafels. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich habe den Grundsatz verkündet, zumutbare Entfernungen und überschaubare Größenordnungen für unser Schulsystem. Was sind das für schreckliche Schüler-Silos, wo 10 000, 12 000 Kinder dann in dieser Mammutschule untergebracht werden! Unsere Kinder müssen wieder einen Bezugslehrer haben, an den sie sich und ihre Eltern wenden können, statt dieser Mammutsysteme mit unüberschaubaren Bildungsgigantismen. (Starker Beifall)

Wir kämpfen auch darum, meine Damen und Herren, gegen das Bonner Krankenhausfinanzierungsgesetz, nicht weil wir gegen moderne Medizin für jedermann sind, sondern weil die Mammutkrankenhäuser mit ihren gigantischen Ausstattungen die Patienten ja ärmer und hilflos machen. Gerade ältere Menschen, die öfter ins Krankenhaus müssen, müssen doch in ihrer Welt blei-

Digitalisiert im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



ben, die müssen von ihren Kindern und Freunden und Verwandten und Bekannten besucht werden können. Meine Damen und Herren! Das große Idealkrankenhaus, das vielleicht für wenige Spezialfälle notwendig ist, ist nicht das Krankenhaus, das den Bürger in schlechten Tagen betreut und ihm den Zusammenhang mit der Außenwelt auch weiterhin ermöglicht. Wie ist es denn, meine Damen und Herren, mit den Finanzämtern? Wir haben in Bayern das Rad zurückgedreht. Der Steuerzahler muß einen Beamten haben, mit dem er seinen Fall besprechen kann, und nicht bloß einen Fachidioten, der über eine Steuerart ihm Auskunft geben kann, und dann steht er vor dem Computer da. Er muß die Möglichkeit haben, mit diesem Beamten auch so zu sprechen, daß er nicht bloß einfach als Strafsache weitergegeben wird.

Meine Damen und Herren! Diese Reformen, wie sie seit 1970 betrieben worden sind, waren nicht bürgerfreundlich, sie waren nicht menschenfreundlich, sie haben nicht das Verhältnis von Bürger und Staat verbessert, sie haben eine problematische Jugend geschaffen, sie haben das Verhältnis zum Bürger und Staat auf das schwerste belastet. Daher, meine Damen und Herren, werden wir dafür sorgen, daß die Kirche beim Dorf bleibt, wie wir in Bayern sagen, eine Politik des Maßes und der Mitte, eine Politik, in der der Staat und der Bürger sich versöhnlich und freundlich und heimlig gegenüberstehen. Hier, meine Damen und Herren, sind die Grundfragen unserer bürgerlichen Existenz in der Zukunft, (Beifall) und damit wissen wir, worum es geht, und darum wissen wir auch, was wir wollen.

Meine Damen und Herren! Wer der Meinung ist, daß unsere Steuern noch zu niedrig sind, der soll SPD und FDP wählen.
(Beifall)

Wer der Meinung ist, daß der Bund noch mehr Schulden machen soll, der soll SPD/FDP wählen. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Wer der Meinung ist, daß der Strom von der Steckdose kommt und nicht von Kraftwerken, der soll SPD und FDP wählen. (Heiterkeit und Beifall)

Wer der Meinung ist, daß wir zu wenig an die "DDR" zahlen, der soll SPD und FDP wählen. (Beifall)

Wer der Meinung ist, daß die Russen uns besser schützen als die Amerikaner, soll SPD und FDP wählen. (Beifall)
Wer der Meinung ist, daß Kommunisten gute Demokraten sind und zum Staatsdienst zugelassen werden sollen, soll SPD und FDP wählen. (Beifall)

Wer, meine Damen und Herren, nicht weiß, warum die Sowjets den Wahlsieg der SPD und FDP wollen, der soll sie ruhig dann auch wählen. (Beifall)

Wer der Meinung ist, meine Damen und Herren, daß Steine bessere Argumente als Worte sind, soll SPD/FDP wählen, im besten Bremer Stil. (Starker Beifall)

Wer der Meinung ist, daß wir mehr Staat brauchen/ statt weniger Staat, soll SPD und FDP wählen. (Beifall)

Wer der Meinung ist, daß die Verbindungen des Herrn Wehner nach Moskau wichtiger sind als die unseren nach Washington, der soll SPD und FDP wählen. (Starker Beifall)

Wer der Meinung ist, daß der Staat und marxistische Pädagogen seine Kinder erziehen sollen, der soll SPD und FDP wählen. (Beifall)

Wer meint, daß wir in absehbarer Zeit eine neue Währung brauchen, der soll SPD und FDP wählen. (Starker Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



Wer der Meinung ist, man dürfe Breschnew keinen Ärger machen, soll SPD und FDP wählen. (Beifall)

Wer der Meinung ist, daß es bei uns zu wenig Behörden gibt, der soll SPD und FDP wählen. (Beifall)

Wer der Meinung ist, daß der Mittelstand abgebaut werden soll, soll SPD und FDP wählen. (Beifall)

Wer der Meinung ist, daß der Wehrdienst durch den Zivildienst ersetzt werden soll oder kann, der soll SPD und FDP wählen. (Beifall)

Wer der Meinung ist, daß der Staat besser weiß, was ihm gut tut als er selber, der soll SPD und FDP wählen. (Anhaltender starker Beifall und Bravo!)

Wer aber anderer Meinung ist, der soll CDU und CSU wählen, und der weiß auch, warum er uns wählt. Der weiß, wofür wir stehen, und daß wir das sagen, was wir denken, daß wir das tun, was wir sagen, und daß man auf uns sich verlassen kann! (Minutenlang anhaltender Beifall und Ovationen der Delegierten, die sich von ihren Plätzen erhoben haben.)

Tagungspräsident Stücklen: Nach dieser großartigen und grandiosen Rede wäre es vermessen von mir, wollte ich noch den Versuch unternehmen, Akzente zu setzen. Ich kann am Ende des Parteitags Dir, lieber Franz Josef, nur herzlich Dank sagen für diese Rede, die nicht nur von den Delegierten, sondern auch ganz Deutschland verstanden wird. (Starker Beifall)

Die gesamte Union wird an Deiner Seite kämpfen, damit wir eine Wende in Deutschland herbeiführen, weil wir nicht weiter in das Verhängnis schlittern wollen, weil wir nicht eine

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19800620-9



sozialistische Republik werden wollen.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, in dieser Stunde an unsere bayerische Heimat und an unser deutsches Vaterland zu denken, an das ganze Deutschland, das einmal frei sein soll, eingebettet in die Vereinigten Staaten von Europa.

(Bayern-Hymne und Deutschland-Lied)

---

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP